

Interview
Prof. Dr. Paul
Kirchhof
Aktuelles
Einweihung
neuer Räume &
Erwin Teufel an
der AUB
Portrait
Mónika Dózsai &
Tekla Gaál



2012
Wintersemester

NACHRICHTEN
DER ANDRÁSSY
GYULA DEUTSCH-
SPRACHIGEN
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

3. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (2. Jahrgang, 2. Ausgabe), Auflage: 700 Stück, Erscheinungsdatum: 05.09.2012

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest
V.i.S.d.R.: Dóra Frey
Design: Bencium Grafikbüro
Layout und Satz: Peter Schützhold
Druck: H-ART Kft.

Abbildungen: S. 3, Mündliche Verhandlung in Karlsruhe, Mehr Demokratie e.V., CC BY-SA 2.0, <http://www.flickr.com/photos/mehr-demokratie/7555294118/sizes/o/in/photostream/>, 14.08.2012; S. 14, A Duna Zebegénynél, drinker, CC BY 3.0, <http://www.orszagalbum.hu/kep.php?p=531>, 24.07.2012

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest oder den jeweiligen AutorInnen.

Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
Telefon: +36 1 266 3101
Fax: +36 1 266 3099
uni@andrassyuni.hu
www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2012/2

Erstaufführung des neuen Imagefilms der AUB beim
Treffen der Partnerländer in München
SEITE 27



INHALT



Erwin Teufel über Europa's
Verfassung – S. 8



Internationale Tagung
zu Wirtschaft und
Wohlstand – S. 17

VORWORT	2
60 JAHRE RECHTSSPRECHUNG DURCH DAS BUNDES- VERFASSUNGSGERICHT - Interview mit Prof. Dr. Paul Kirchhof	3
AKTUELLES - Einweihung der neuen Räumlichkeiten, Erwin Teufel über die Verfassung Europas, Neue Struktur der Verwaltung, Dr. Krause unterwegs für die AUB	7
PORTRAIT - Interview mit Mónika Dózsai und Tekla Gaál	12
FORSCHUNG UND TAGUNGEN - Das Donau-Institut für Inter- disziplinäre Forschung, Political Crisis in Europe - Direct Democratic Answers, Konferenz „Islam in Kultur und Politik Mitteleuropas“	15
STUDIERENDE BERICHTEN - Exkursion nach Sarajewo, „Keiner war schon immer hier“, AUB-Studierende bei der EuroMUN 2012 in Maastricht	23
KURZE NACHRICHTEN - Partnerländertreffen, Tag der offenen Tür, Universität, Fakultäten, Donau-Institut, Doktorschule, Personalien	27

Vorwort

Liebe Freunde
der Andrássy Universität,

Sie halten nun die dritte Ausgabe von unseren *Andrássy Nachrichten* in Ihren Händen. Wieder einmal liegt eine rege Zeit hinter uns, reich an Programmen und Ereignissen, die das gesamte Universitätsleben geprägt haben. Bei diesen etwa halbjährlichen Berichten wird es dann deutlich, dass unsere wissenschaftlichen Veranstaltungen, außerhalb der Vorlesungen und Seminare, sowohl von der Qualität als auch von der Zahl her, weit die Größe der Universität übertreffen. Mit Recht können wir darauf stolz sein, dass unsere Universität - auch durch unsere spannenden Veranstaltungen - immer sichtbarer wird und immer mehr Interessierte in ihren Bann zieht. Dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen, der Professorenschaft, dem „Mittelbau“, den Studierenden, dem Referat für Marketing und der Verwaltung für ihre Initiativen, für das sorgfältige Begleiten und für die professionelle Ausführung unserer Programme. Aber unsere Bemühungen wären - schon durch unsere Größe bedingt - vergeblich, hätten wir keine Partnerinstitutionen. Wir haben diesen Partnern viel zu verdanken, so der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, deren Leiter, Hans Kaiser, Minister a.D. im Herbst Ungarn leider verlassen wird, oder dem *Österreichischen*



Kulturforum, dessen Direktorin, Frau Dr. Kornfeind uns in diesem Sommer verließ. Wir sind zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit gerade mit diesen Institutionen auch in der Zukunft intensiv und den Traditionen gemäß weiterläuft.

Immer mehr können wir auf Partner im In- und Ausland zählen. Sei beispielsweise das Internationale und Interuniversitäre Netzwerk politische Kommunikation *netPol* erwähnt, dessen Tätigkeit unter dem umfassenden Thema „Politische Kommunikation“, über die Anfangsphase hinaus gekommen, in den nächsten Jahren internationale Projekte verwirklicht. Auch die Zusammenarbeit mit den ungarischen Universitäten, wie *ELTE* oder *Pázmány Péter* wird in den Konferenzen immer sichtlicher. Eine neugestaltete Kooperation erwarten wir von der Zusammenarbeit mit

der neugegründeten *Universität für Öffentliche Dienste* (NKE), vor allem im Rahmen unseres neuen MA-Programmes *Europäische und Internationale Verwaltung*.

Eine Grundvoraussetzung der Tätigkeit jeder Universität ist die regelmäßige Akkreditierung. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen ungarischen Akkreditationsverfahren in diesem Jahr, wollen wir nun auch in Deutschland eine Neuakkreditierung der AUB schnell möglichst erreichen. Eine Wiederakkreditierung wird nicht nur den festgelegten Qualitätssicherungsprinzipien der AUB dienlich sein, sondern auch unser Hauptanliegen, noch mehr Studierende aus der Region an unsere Universität einladen zu können, unbedingt günstig beeinflussen.

Ich wünsche Ihnen und uns für das Studienjahr 2012/13 einen schönen Beginn und eine erfolgreiche Durchführung der gemeinsamen Vorhaben.

Ihr

András Masát
Rektor

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT



60 Jahre Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht

Ein Interview mit
Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof

Die Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (VSR) der Andrásy Universität Budapest (AUB) und die Konrad-Adenauer-Stiftung Budapest luden zusammen am Mittwochabend, den 15. Februar 2012 zum Vortrag von Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof ein. Der Bundesverfassungsrichter a.D. sprach, nach einer Begrüßung von Hans Kaiser, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Budapest, und einem Vorwort von Prof. Dr. Stephan Kirste, AUB, zum Thema „60 Jahre Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes“. Dabei mahnte der Vortragende zu einem erhöhten Bewusstsein, was die verfassungsgebende Rechtsprechung und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Politik oder die Wirtschaft betrifft. Seinen Vortrag untermauerte er mit zahlreichen Anekdoten aus seinem praktischen Erfahrungsschatz. Weiterhin sprach er zum Ende die jungen Rechtswissenschaftler/-innen an und forderte deren Engagement sowie kritischen Geist im rechtswissenschaftlichen theoretischen als auch praktischen Diskurs.

Zu dem ins Ungarische simultan übersetzten Vortrag und der Diskussion versammelten sich zahlreiche Interessierte im Spiegelsaal der AUB. Anschließend bot sich noch die Gelegenheit beim Empfang weiter in einer ungehinderten Atmosphäre sich über das angesprochene Thema auszutauschen.

Dr. Kálmán Pócza, Research Fellow der AUB interviewte Prof. Kirchhof nach seinem Vortrag.

Dr. Kálmán Pócza (KP): In Ihrem Vortrag an der Andrásy Universität haben Sie es plastisch dargestellt, dass die Würde des Menschen als Ausgangspunkt für fast alle verfassungsrechtlichen Fragen und Probleme gelten sollte. Was soll man unter diesem Kernbegriff verstehen?

Prof. Dr. Paul Kirchhof (PK): Die Garantie der Menschenwürde ist ein sehr allgemeiner Grundsatz, sie ist die Wurzel unseres Menschenbildes, das unsere Verfassung bestimmt. Sie ist ein Grundsatz allerdings einer sehr konkreten, greifbaren Rechtsordnung: Er sagt, jeder Mensch ist, weil er Mensch ist, in seinem Dasein, in seinem Sosein, in unserer Rechtsordnung

willkommen. Wir garantieren ihm ein Existenzminimum, wir garantieren ihm eine Anerkennung seiner persönlichen Ehre, wir garantieren ihm, dass er ein Rechtssubjekt ist. Wir begründen mit diesen Gedanken die Idee des universalen Menschenrechts, die wichtigsten Freiheitsrechte, die Gleichheitsrechte, die Garantie der sozialen Zugehörigkeit. Diese universalen Prinzipien gelten (zumindest dem Anspruch nach) in allen Verfassungen der zweihundert Staaten dieser Welt, was auch immer die historischen Verfassungsgeber sagen.

KP: Das heißt aber zugleich, dass die Interpretation dieses Begriffes von Land zu Land unterschiedlich ausfallen kann.

PK: Ja, es kann durchaus unterschiedlich sein.

KP: Und wie sieht es in Deutschland aus: Gibt es eine einheitliche Interpretation dieses Begriffes in der Praxis? Oder divergieren die Interpretationen dieses Begriffes innerhalb von Deutschland auch?

PK: Deutschland ist ein Bundesstaat und jedes Land hat seine eigene Landesverfassung mit einem Grundrechtskatalog, aber die Auslegung des Begriffes der Menschenwürde ist Bundesrecht und gilt deswegen in allen Ländern gleich. Allerdings hat sich die Auslegung des Begriffes im Laufe der Zeit mit jeweils neuen Anfragen an den Rechtssatz gewandelt. Beim Erlass des deutschen Grundgesetzes am 23. Mai 1949 hat man unter dem Begriff „Existenzminimum“, das aus dem Begriff „Würde des Menschen“ abgeleitet werden kann und das Grundgesetz für jeden Menschen garantiert, etwas anderes verstanden als heute. Unmittelbar nach dem Krieg, in der großen Not ging es darum, dass keiner verhungert, dass jeder ein Dach über dem Kopf hat, dass keiner unbekleidet bleibt. Heute streiten wir darüber, ob zu der Garantie eines würdigen Lebens in unserer Hochkultur, in einem reichen Land gehört, dass jeder ein Handy hat, dass jeder ein Fernsehgerät hat. Der Begriff wird aber auch in den verschiedenen



Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof

Staaten unterschiedlich interpretiert. Wir machen eine Bildungspolitik mit Schulen und Hochschulen, andere machen eine Bildungspolitik, die elementares Lesen und Schreiben lebt. Wir garantieren eine öffentliche Sicherheit, in der man frei auf den Straßen laufen kann, andere können nur eine Sicherheit garantieren, in der man sich in bestimmten Regionen zu bestimmten Zeiten frei bewegen kann, in anderen Regionen besser nicht bewegen soll. Wir müssen die Antworten aus einer Grundidee der Verfassung auf die jeweilige Region und auch auf die jeweilige Gegenwart neu übersetzen.

KP: Sie haben in Ihrem Vortrag auch darauf hingewiesen, dass auch die Religionsfreiheit aus dieser Grundidee der Menschenwürde abgeleitet werden kann. Was die Präsenz der Religion in den Verfassungen betrifft, stellt sich aber auch die Frage, ob Gott in den Verfassungen erwähnt werden darf/ soll oder eher nicht?

PK: Die Religionsfreiheit ist der erste Schritt, der deutlichere Gewährleistungen bietet, als

die allgemeine Garantie der Menschenwürde. Der Staat garantiert den Frieden für alle seine Bürger, für die religiösen und die nicht religiösen. Das heißt aber, dass er bewusst weltanschaulich neutral sein muss. Aber der Staat und die Verfassungsväter sind sich bewusst, dass die Religion eine wesentliche Entstehungsquelle für das Verfassungsrecht war. Die zehn Gebote sind zum Beispiel Grundorientierungen des Verfassungsrechts, auf die keine Hochkultur verzichten kann. Und diese Denktradition bringen wir in dem deutschen Grundgesetz zum Ausdruck. In der Präambel heißt es: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ hat das deutsche Staatsvolk sich diese Verfassung gegeben. Die Idee der Menschenwürde, die Idee der Freiheit, die Idee der Gleichheit hat verschiedene Wurzeln: Eine wesentliche ist das Christentum. Eine andere ist die Aufklärung. Weitere sind die sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Wir haben uns nicht auf einer grünen Wiese durch eine verfassunggebende Gewalt des demokratischen Staatsvolkes irgendetwas ausgedacht, sondern wir stehen mit der Garantie der „Würde des Menschen“ inmitten einer langen Tradition rechtlichen Denkens.

KP: Ebenfalls haben Sie darauf hingewiesen, dass die traditionelle Idee der Familie aus der Idee der Menschenwürde abgeleitet werden kann. In Ungarn ist dies wieder einmal eine etwas heikle Frage: In dem neuen Grundgesetz liest man, dass die Ehe geschätzt wird, dass die Ehe „eine aufgrund einer freiwilligen Entscheidung zwischen Mann und Frau zustande gekommene Lebensgemeinschaft“ ist. Was ist Ihre Meinung dazu?

PK: Wir haben die gleiche Debatte in Deutschland gehabt. Unsere Verfassung (Artikel 6) sagt, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen. Hier haben wir eine Schutzpflicht in den Freiheitsrechten. Was den Inhalt betrifft: Die Familie ist eine Gemeinschaft von Mann und Frau, die potenziell Eltern sind. Wenn wir keine Kinder haben, dann haben wir keine Zukunft. Wir schützen

die Familien insbesondere, weil sie die Zukunft der Rechtsgemeinschaft sind. Obwohl alle Freiheitsrechte bloß Angebote und keine Pflichten sind, ist die Rechtsgemeinschaft darauf angewiesen, dass möglichst alle Menschen aus sich heraus diese Freiheit annehmen, sei es die Bildungsfreiheit oder eben die Freiheit, ein Kind zu haben. Selbstverständlich ist es völlig abwegig, wenn ein freier Staat die Menschen dazu zwingen würde, Kinder zu bekommen. Aber die Zukunft unserer Rechtsgemeinschaft ist auf die Freiheitswahrnehmung der Menschen angewiesen. Und da machen wir einen großen Fehler, wenn der Gesetzgeber dazu neigt, andere Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, in ähnlicher Weise wie die Familie zu schützen. Wir müssen die Familie besonders schützen, weil die Leistung der Kindererziehung besonders unterstützt werden soll. Der deutsche Gesetzgeber hat demgemäß auch die einschlägigen Gesetze korrigiert. Früher waren nur diejenigen zu Altersversicherung berechtigt, die Beiträge gezahlt haben, die einen bestimmten Teil ihrer Löhne für die Rentenversicherung abgezweigt haben. Aber am meisten haben eben die Eltern zu dem Fortbestand der Rechtsgemeinschaft beigetragen. Sie geben dem Generationenvertrag den Schuldner, was die Kinder sind. Diese Leistung erbringen in historischer Arbeitsteilung die Mütter. Auf Grund des Generationenvertrags müssen sie als erste berechtigt sein, eine hohe Rente zu beziehen. Deswegen haben wir die Kindererziehungszeit als einen wesentlichen Beitrag anerkannt.

KP: Die Idee der Familie hat Ungarn in den letzten anderthalb Jahren in den Vordergrund der Politik gerückt. Das neulich eingeführte Flat-Tax-System berücksichtigt besonders die Familien. Flat tax und positive Diskriminierung der Familie sind allerdings im Schwerpunktgesetz reguliert. Was halten Sie über die Verankerung dieser positiven Diskriminierung sowie des Flat-Tax-Systems in einem Schwerpunktgesetz?

PK: Zunächst möchte ich darauf



Hans Kaiser, Minister a.D., Leiter des Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest während der Einführung

hinweisen, dass diese Verankerung im Schwerpunktgesetz für die Juristen, die im deutschen Recht denken, sehr fremd ist. Bei uns stehen bestimmte Grundprinzipien im Grundgesetz, alles andere wird in einem einfachen Gesetz reguliert. Wenn wir ein neues Parlament wählen, dann kann dieses Parlament über die alten Gesetze nachdenken und sie gegebenenfalls verändern. Was Ihre konkrete Frage betrifft: Das Gebot, den familiären Aufwand der Eltern für Ihre Kinder von der Einkommenssteuer abziehen zu dürfen, ergibt sich in Deutschland aus der Verfassung. Und zwar aus dem Gleichheitssatz. Wir besteuern gegenwärtig nicht die Einnahmen, die jemand am Markt erzielt, sondern die Einnahmen abzüglich des Existenzbedarfs. Der Mensch kann das Geld, das er zur Finanzierung seiner Existenz braucht, nicht dem Staat geben, sonst bräuchte er Sozialhilfe. Ein Einkommen, über das ich nicht verfügen kann, kann auch nicht zur Steuerzahlung verwendet werden. Wenn die Eltern vom Markt 100 bekommen und 30 von 100 zu den Kindern gehören, weil die Eltern die Kinder zu unterhalten haben, dann können die Eltern über diese 30 nicht verfügen. Dann müssen sie von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen werden. Das alles folgt aus der Verfassung.

KP: Sie haben es sicherlich bemerkt, dass in dem neuen ungarischen Grundgesetz die Kompetenz des Verfassungsgerichtshofes gekürzt wurde. Über finanzielle Gesetze kann das Verfassungsgericht keine Entscheidungen treffen, solange die Staatsverschuldung mehr als 50% des Bruttoinlandproduktes ausmacht. Genauer formuliert, der Verfassungsgerichtshof kann die finanziellen Gesetze nur aus dem Gesichtspunkt der Würde des Menschen oder eben aus dem Gesichtspunkt des Datenschutzes untersuchen. Was halten Sie über diese Kompetenzkürzung?

PK: Ich bin hier, wie immer und überall in Europa, um von einer anderen Verfassung zu lernen. Es ist für einen Juristen immer anregend, die Verfassung anderer Demokratien, anderer Rechtsstaaten zu studieren. Bei diesem Punkt bin ich bei der Lektüre Ihrer Verfassung besonders nachdenklich geworden. Einerseits haben Sie in den materiellen Maßstäben eine ungewöhnlich kluge und moderne Verfassung. Sie sagen, die Steuer wird einmal nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen bemessen, aber auch danach, inwieweit er an dem allgemeinen Wirtschaftsleben teilgenommen hat. Und genauso bei der Staatsverschuldung: Sie sagen, nicht wie Europa, Obergrenze für die Gesamtverschuldung 60% des Bruttoinlandproduktes, sondern 50%! Klare Formel, wunderbar! Da sind Sie vielen Verfassungen in Europa und der Welt weit voraus. Aber dann kommt die Gegenbewegung: Jeder Verfassungssatz ist so gut, wie er durch ein Verfassungsgericht eingefordert werden kann. Und da nehmen Sie die Kompetenzen zurück. Das ist aber auch geläufig: Die Amerikaner machen es ähnlich. Über Steuer und Finanzen hat die Supreme Court im Grunde genommen nichts zu sagen. Anders als bei uns in Deutschland. Ihre Verfassungsväter haben sich an verschiedenen Ländern orientiert: beim Schwerpunktgesetz an Österreich, bei der präventiven Verfassungskontrolle an Frankreich, bei der Ausnahme der Steuer und Finanzen an den USA. Ihre Verfassungsväter haben sich in



v.l.n.r. Prof. Kirchhof und Prof. Stephan Kürste, ehem. Dekan der Fakultät VSR AUB

der Welt umgeschaut und das Beste gesucht. Ob das Beispiel der USA das beste ist, das muss man überlegen. Ich bin da kein Richter oder Lehrer. Ich sage nur, wir haben gegenwärtig die größten Rechtsfehler in Europa bei Finanzen und Steuerrecht. Wir müssen darum kämpfen, alle 27 Staaten der EU, dass gerade im Finanzwesen die Macht des Rechts nicht verlorengeht. Und deswegen bin ich sehr gespannt, wie das ungarische Parlament, wie der ungarische Verfassungsgerichtshof mit diesen Maßstäben umgeht. Ich könnte mir gut vorstellen, dass sich hier eine Entwicklung zu mehr Kontrolle des Finanz- und Steuerwesens anbahnen wird, die ich mit großer Aufmerksamkeit und mit großer Neugierde verfolgen werde.

KP: Eine letzte Frage zu dem Problem der nationalen Souveränität: Welche Tendenzen sehen Sie in dem europäischen Integrationsprozess? Werden die Ereignisse zu einer stärkeren Zentralisierung führen oder gibt es eine Grenze, die niemals übertreten wird?

PK: Es gibt drei große Grenzen nach Europarecht, wie nach nationalem Verfassungsrecht. Die Erste ist, dass der Unionsvertrag die Identität der Mitgliedstaaten garantiert. Er sagt klipp und klar: Wir wollen nicht die Vereinigten Staaten von Europa, wir wollen keinen europäischen Gesamtstaat, sondern wir wollen ein Verbund von autonomen Staaten. Die zweite Grenzlinie: Der Unionsvertrag und die Verfassungen der einzelnen Staaten garantieren, dass die Demokratie auf dem Weg zu Europa nicht verlorengeht. Und die Demokratie heißt hier, dass die nationalen Parlamente die wesentlichen

Entscheidungen treffen. Europa ist kein Bundesstaat, sondern ein Bund autonomer Staaten. Aus diesem Grund soll der Schwerpunkt der Entscheidungen (etwa in Finanzen und im Haushaltsrecht, im Strafrecht, in Bildung und Kultur, im Militärwesen) bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Und der dritte wichtige Punkt ist: Zusätzliche Kompetenzen können auf Europa nur übertragen werden, wenn die Parlamente der Mitgliedstaaten gemäß ihrer Verfassung (in der Regel mit verfassungsändernder 2/3 Mehrheit) dem zustimmen. Aus diesem Grund sagt der deutsche Verfassungsgerichtshof, dass ein Kompetenzzuwachs für Europa nicht durch juristische Uminterpretation der bisherigen Vorschriften, durch die Hintertür eingeführt werden darf. Das wäre ein aus dem Vertragskonzept ausbrechender Rechtsakt, der in Deutschland von den deutschen Organen nicht beachtet werden darf.

KP: Ist die Steuerpolitik auch eine nationale Kompetenz?

PK: Da müssen wir bestimmte Unterscheidungen machen. Nach dem Unionsvertrag sollen die indirekten Steuern (vor allem die Umsatzsteuer) europäisiert werden. Bei den direkten Steuern (vor allem bei der Einkommensteuer) hat dagegen Europa keine Kompetenz. Deswegen muss dort Europa schweigen.

KP: Und bleibt es auch so?

PK: Die europäischen Politiker wollen natürlich diese Grenzen immer wieder überschreiten, aber sie dürfen es nicht, und dafür muss das Recht sorgen. Vor allem, weil Europa eine Gemeinschaft des Rechts ist. Die europäischen Organe hätten auch kein Mandat, wenn das Recht nicht gelten würde.

Aktuelles

Einweihung der neuen Räumlichkeiten

Am Donnerstag, dem 23. Februar 2012 fand die festliche Einweihung der neuen Räumlichkeiten der Andrássy Universität Budapest (AUB) statt. Die ehemaligen Lagerräume im Keller und im Obergeschoss wurden, nach erfolgreicher Sanierung, vor allem im Untergeschoss, als Büros und Arbeitsplätze für die Doktorschule, das Donau-Institut und als weitere

drei Hörsäle unter der Leitung von Projektkoordinator Johannes Schuler ausgebaut. Die nutzbare Fläche für Lehre und Forschung an der AUB wurde damit um 240 m² vergrößert. Bei der Feier bedankte sich der Rektor der Universität, Prof. Dr. András Masát und der Kanzler, Herr dr. Ákos Domahidi, LL.M. im Kreis der zahlreichen Gäste beim DAAD (Deutscher Akademischer

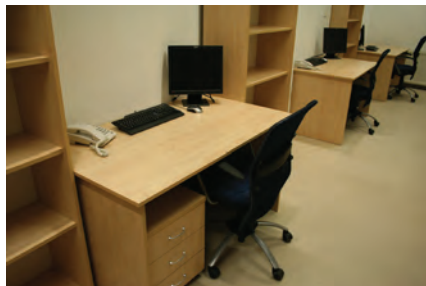
Austauschdienst), der Union Biztosító / Vienna Insurance Group für ihre großzügige Unterstützung der Umbauarbeiten. Nach der schwungvollen Enthüllung der Sponsorentafel, durch den Rektor der AUB und Frau Dr. Julius vom DAAD, konnten die interessierten Anwesenden nebst Gebäck und Sekt die neuen Räumlichkeiten besichtigen.



v.l.n.r. Prof. Dr. András Masát, Rektor und dr. Ákos Domahidi, LL.M., Kanzler bei der Eröffnung der feierlichen Einweihung



v.l.n.r. Prof. Dr. András Masát, Rektor und Dr. Annette Julius, DAAD enthüllen die Sponsorentafel des DAAD



Neue Räumlichkeiten für Lehre und Forschung - Neue Hörsäle, Arbeitsplätze für DoktorandInnen, Donau-Institut und Doktorschule

Erwin Teufel über die Verfassung Europas

Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident József Antall unterschrieben am 6. Februar 1992 den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa, auf dessen Grundlage die beiden Länder in den vergangenen 20 Jahren eine äußerst vielfältige und intensive Kooperation verwirklichten. Anlässlich des 20. Jubiläums des ungarisch-deutschen Freundschaftsvertrages findet unter dem Titel „20 Jahre Partnerschaft – Rückblick und Perspektiven“ eine Vortragsreihe statt, dessen Eröffnungsvortrag Erwin Teufel, Ministerpräsident a. D. Baden-Württemberg am Mittwochabend, dem 23. Mai 2012 im festlichen Spiegelsaal der AUB hielt.

Mit Spannung und großem Interesse erwarteten über 100 Anwesende Erwin Teufel an der AUB. Prof. Dr. András Masát, Rektor der AUB drückte in seiner Begrüßungsrede seinen außerordentlichen Dank an Erwin Teufel, einem der Gründungsväter der Universität, aus sowie bedankte sich, dass er der Einladung folgte und mit seinem Besuch und Vortrag die Universität ehrt. Zur Anerkennung seiner Verdienste um die Andrassy Universität Budapest übergab Masát dem ehemaligen Ministerpräsident feierlich die Große Andrassy-Medaille, worüber dieser sich sichtlich überrascht und erfreut zeigte.

In seinem auch ins Ungarische simultanübersetzten Vortrag zum Thema „Europa in eine bessere



Erwin Teufel an der AUB

Verfassung bringen“ betonte Teufel, dass Deutschland und Ungarn sehr eng zusammenarbeiten müssen, um Europa in eine bessere Verfassung zu bringen. Als Antwort auf die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Probleme gibt es seines Erachtens jedoch kein eindeutiges Rezept. Teufel betonte die gravierende Wichtigkeit des Subsidiaritäts-Prinzips sowie dass Europa nur von unten nach oben aufgebaut werden kann. Das Vertrauen der europäischen BürgerInnen in die Europäische Union muss wieder erweckt werden, so dass die jeweiligen Probleme, je nach Ausmaß, auf möglichst niedriger Ebene und nicht über den Köpfen der Menschen gelöst werden. Auf die Gedanken von Herrn Teufel reflektierten Dr. Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen und Dr. habil. Jürgen Dieringer, Geschäftsführender Dekan der Fakultät für Vergleichende Rechts- und Staatswissenschaften (AUB). Die Diskussion wurde von Gábor Schultz, Mitarbeiter der Századvég Stiftung moderiert. Zur Veranstaltung durfte die Andrassy Universität u. A. den Botschafter der Bundesrepublik

Deutschland Budapest, Dr. Matei I. Hoffmann, den Gesandten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Klaus Riedel, den Botschafter der Slowakei in Budapest, Peter Weiss, den Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn, Hans Kaiser, den Leiter der Auslandsvertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Ungarn, Ulrich Kleppmann, den Rektor der Károli Gáspár Universität, Prof. Dr. Balla Péter und die Rektorin der Wirtschaftshochschule Budapest, Dr. Éva Sándorné-Kriszt begrüßen.

Nach der regen Diskussion beantwortete Erwin Teufel den MitarbeiterInnen der Presse einige Fragen. Bei dem anschließenden Empfang diskutierten die Anwesenden noch weit in den Abend gehend und tauschten ihre Gedanken bezüglich der anregenden Rede aus.

Die von der AUB organisierte Veranstaltung fand unter der Schirmherrschaft des Außenministeriums von Ungarn in Kooperation mit der Századvég Stiftung und der Deutschen Botschaft Budapest statt.



Erwin Teufel trug sich in das goldene Buch der AUB ein und bekam im Laufe der Abendveranstaltung vom Rektor der AUB die Große Andrassy-Medaille verliehen. Nach seiner Rede diskutierte Erwin Teufel am Podium mit (v.l.n.r.) Dr. Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen und Dr. habil. Jürgen Dieringer, Geschäftsführender Dekan der Fakultät für Vergleichende Rechts- und Staatswissenschaften (AUB) sowie dem Publikum.

Neue Struktur der Verwaltung

Jeder der regelmäßig mit der Andrássy Universität Budapest (AUB) zu tun hat, kommt irgendwann mit der Universitätsverwaltung in Kontakt. Gleichwohl ob es sich dabei um einfache Schwarzweißkopien, den Verlust des Studierendenausweises oder die Buchung von Veranstaltungen dreht. Damit die Verwaltung der AUB daher in Zukunft ihre Leistungsfähigkeit und ihren Dienstleistungscharakter noch besser unterstreichen kann, konnte mit dem Beginn dieses Jahres unter der Leitung des Kanzlers, Ákos Domahidi, LL.M. und dem Mitwirken aller Verwaltungsmitarbeiter/-innen eine neue Verwaltungsreform angestoßen werden.

Die Reform zeitigt dabei Neuerungen im Bereich der Organisation, so dass eine Dezernatsstruktur geschaffen wurde, die einzelne Referentinnen und Referenten bzw. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und ihre jeweiligen Aufgabenbereiche hervorhebt als auch komplementäre Bereiche zusammenlegt, was sich nicht zuletzt auch räumlich abbildet.

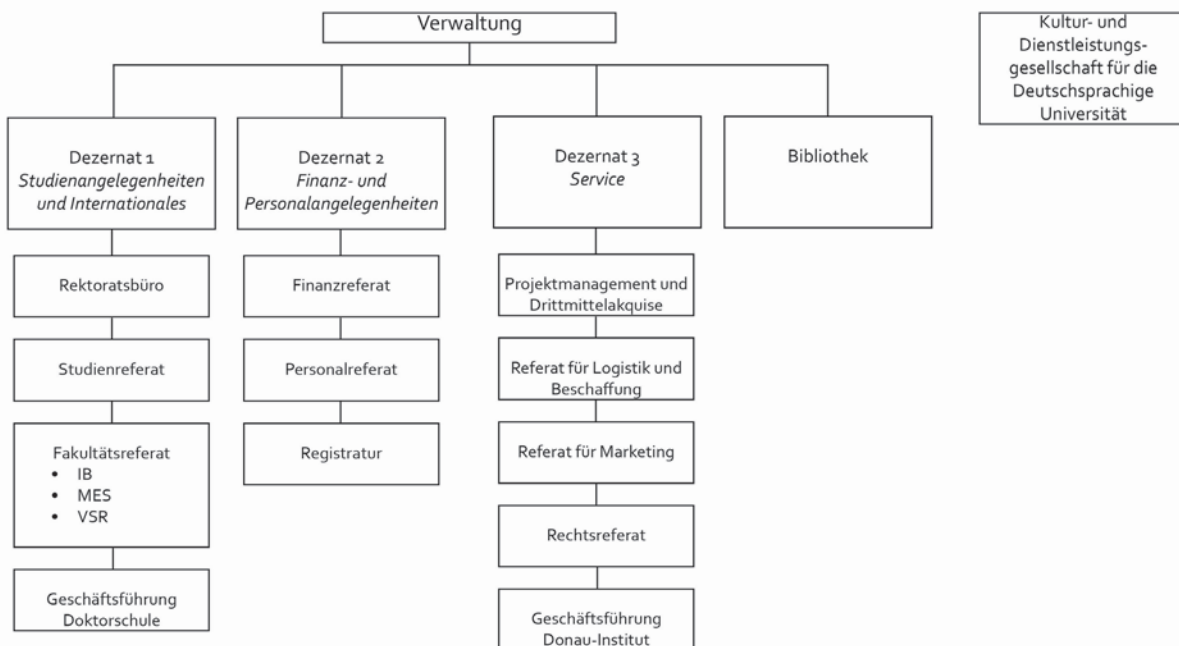
Es existiert daher das Dezernat 1 für Studienangelegenheiten und



Die MitarbeiterInnen der Verwaltung der AUB

Internationales, welches sich aus dem Rektoratsbüro, dem Studienreferat, den Fakultätsreferaten und der Geschäftsführung der Doktorschule zusammensetzt. Das Dezernat 2 für Finanz- und Personalangelegenheiten besteht aus dem Finanzreferat, dem Personalreferat sowie der Registratur. Das dritte Dezernat in der neuen Struktur ist das Dezernat 3 für

Service, welches durch das Referat für Logistik und Beschaffung, das Referat für Marketing, das Rechtsreferat, das Referat für Projektmanagement und Drittmittelakquise und die Geschäftsführung des Donau-Instituts gebildet wird.



Das Organigramm der neuen Verwaltungsstruktur der AUB

Die GmbH stellt sich vor

Die GmbH (Kultur- und Dienstleistungsgesellschaft für die Deutschsprachige Universität mbH) wurde als Tochtergesellschaft der Andrassy Universität Budapest (AUB) im Jahre 2003 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die prunkvollen Festsäle des Festetics-Palais' zu vermieten, um dadurch die AUB zu unterstützen. Bis 2010 hatte die GmbH nur die Aufgabe, die renovierten Festsäle und die modernen Hörsäle zu vermieten. Im Jahre 2010 wurde die Tätigkeit der GmbH dann mit einem Catering Service erweitert, d. h. interne oder externe MieterInnen können nun zusätzliche Dienstleistungen – wie Kaffeepausen oder kalte Buffets – in Anspruch nehmen, deren komplette Organisation die GmbH übernimmt. Die universitätseigene GmbH zeichnet sich gegenüber anderen externen Catering-Dienstleistern durch folgende Vorteile aus: Das ganze Inventar befindet

sich vor Ort, die Vorbereitungen brauchen dadurch weniger Zeit und sind viel einfacher zu handhaben als das bei externen Dienstleistern der Fall ist. Dadurch fallen nicht nur die Preise erheblich günstiger aus, sondern es kann auch ein höherer Grad an Flexibilität gewährleistet werden, egal ob es sich um räumliche oder zeitliche Änderungen handelt.

Weitere Informationen sind auf der Homepage unter www.festeticspalota.hu zu finden oder Sie wenden sich bitte unmittelbar an die MitarbeiterInnen der GmbH unter info@festeticspalota.hu.



Ob Konferenz, Empfang, Tagung oder Hochzeit - die Räumlichkeiten des Festetics Palais laden ein und der hausseigene Catering Service sorgt für das leibliche Wohl



Dr. Krause unterwegs im Auftrag AUB

Der ehemalige Prodekan und Inhaber der Professur für Diplomatie II der Fakultät für Internationale Beziehungen (IB) an der Andrássy Universität Budapest (AUB), Dr. Dr. Rolf F. Krause reiste im Auftrag der AUB während seiner Zeit an der Universität immer wieder in die verschiedensten Länder nah und fern. Allein im letzten halben Jahr waren zum Beispiel die Kirgisische Republik, die Republik Aserbaidschan sowie die Republik Armenien seine Reiseziele.

Dr. Krause war vom 28.11. bis 01.12.2011 in der Kirgisischen Republik unterwegs, um den Ruf der Universität in Zentralasien zu mehren. Durch Informationsveranstaltungen an vier verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen sowie verschiedene Fachvorträge und Gespräche mit der deutschen Botschaft, sollte die AUB einem größeren Kreis von Interessenten vorgestellt werden. Das Interesse seitens der kirgisischen Studierenden, von denen viele über ausgezeichnete Deutschkenntnisse verfügen, war groß. Die Fragen richteten sich allerdings erwartungsgemäß vor allem auf die praktischen Aspekte – Stipendienmöglichkeiten, Lebensumstände, Visumsvoraussetzungen etc. Seitens der wissenschaftlichen Institutionen, vor allem durch Vertreter der Kirgisisch-Russisch-Slavischen Universität, wurde großes Interesse an einer engeren wissenschaftlichen Kooperation, ggf. in Form von Kurzzeitdozenturen, Vortragsveranstaltungen und ähnlichem, geäußert.

In der ersten Märzwoche 2012 besuchte Krause Baku in Aserbaidschan. Neben Gesprächen in der deutschen und der österreichischen Botschaft konnte die AUB vor einer Gruppe von etwa 25 Interessenten von verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen präsentiert werden.

Um die AUB als potentiellen Studienort auch in Armenien bekannt zu machen, präsentierte Dr. Krause die Universität am 30.05.2012 vor interessierten Studierenden an der Staatlichen Armenischen Universität in Eriwan. Die Veranstaltung war durch den Deutschen Akademischen



Dr. Dr. Rolf Friedrich Krause

Austauschdienst (DAAD) organisiert worden und schließt an ähnliche Besuche in einer ganzen Reihe von Universitäten und Kulturinstitutionen der Partnerländer im mittelöstlichen und östlichen Europa sowie in Mittelasien in den vergangenen Jahren an.

Dr. Krause trat seine Lehr- und Forschungstätigkeit an der AUB im Jahre 2009 an und kehrt nun als Konsul

in das deutsche Generalkonsulat in Kaliningrad (Russland) in den diplomatischen Dienst zurück. Für seine neue Tätigkeit wünschen wir ihm alles Gute und viel Erfolg.

Seine Stelle als Leiter der Professur für Diplomatie II an der Fakultät IB ab Wintersemester 2012/2013 übernimmt Dr. Dr. Dietrich Pohl.



Auch mit den Studierenden unterwegs - Dr. Krause (rechts im Bild) während einer Exkursion mit AUB-Studierenden im Auswärtigen Amt in Berlin

Portrait

Mónika Dózsai & Tekla Gaál

Mónika Dózsai und Tekla Gaál haben beide im Frühjahr 2012 ihre Tätigkeit an der Andrássy Universität Budapest (AUB) aufgenommen, Frau Dózsai als Geschäftsführende Koordinatorin der Doktorschule und Frau Gaál als Geschäftsführende Koordinatorin des Donau-Instituts. Beides sind Aufgaben, die, auch wenn sie nicht im Schaufenster des Universitätslebens stehen, doch unerlässlich sind, damit vor allem Forschung und wissenschaftliche Arbeit an der AUB funktionieren. So befragen wir dieses Mal Frau Dózsai und Frau Gaál zu ihren Aufgaben und den ersten Erfahrungen an der Andrássy Universität.



Tekla Gaál - Geschäftsführende Koordinatorin des Donau-Instituts

Dóra Frey (DF): Bislang wurden im Portrait immer ProfessorInnen vorgestellt, wo sich die Frage, was ihre Aufgaben an der Uni sind, gar nicht stellt. Bei Ihnen verhält sich das jedoch anders, so möchte ich zunächst einmal fragen, was Ihre Hauptaufgaben sind.

Mónika Dózsai (MD): Seitdem ich Anfang Juni die Koordinierung der Doktorschule übernommen habe, ist mein Aufgabenbereich an der Schnittstelle zwischen Wissenschafts- und Projektorganisation angesiedelt und von Interdisziplinarität und internationalem Austausch geprägt. Im interdisziplinär ausgerichteten Ph.D.-Programm der Doktorschule bekommt geradewegs diese fachübergreifende Zusammenarbeit einen besonderen Stellenwert. Koordiniert werden sollen die unterschiedlichen Denkweisen und Methoden aus der Geschichts-, Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Diese Vielfalt der Forschungsansätze in die Praxis umzusetzen, stellt auch die größte konzeptionelle und methodische Herausforderung für die Doktorschule dar. Die vier an der AUB angesiedelten Fachrichtungen bieten unter dem Thema „Die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“ ein gemeinsames Forschungsfeld. Im Mittelpunkt des dreijährigen Programms steht die Frage nach

regionalbezogenen Identifikations- und Transformationsprozessen in Ostmitteleuropa. Ziel ist es, den fortschreitenden gesellschaftlichen, politisch-kulturellen Wandel in dieser ostmitteleuropäischen Region mit seinen historischen Wurzeln zu erforschen.

Im Rahmen des Ph.D.-Programms habe ich in erster Linie die Aufgabe, die institutionelle Administration und Koordination fachübergreifender Aktivitäten zu betreuen und dabei die Leitung der Doktorschule zu unterstützen. In diesem Sinne habe ich eine klassische vermittelnde Position zwischen den ProfessorInnen, DoktorandInnen und der Verwaltung an der Uni. Neben dem Informationsaustausch gehört natürlich auch das ganze logistische Spektrum eines akademischen Forschungs- und Lehrprogramms zu meinen Tätigkeitsfeldern, hier denke ich an die Organisation von Tagungen und Workshops, aber auch an die Abwicklung von Promotionsverfahren und Doktorenratsitzungen. Die Etablierung und Pflege von Kooperationsbeziehungen und Netzwerke mit anderen wissenschaftlichen Institutionen gehört

auch zu den zentralen Aufgaben der Doktorschule. Dabei sind Öffentlichkeitsarbeit und die Akquise von Fördermitteln für interdisziplinäre Forschungsprojekte unabdingbare Voraussetzung für die Gewährleistung der kontinuierlichen wissenschaftlichen Arbeit der Doktorschule.

Tekla Gaál (TG): Das Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung koordiniert die Forschung in den bisher herausgebildeten Schwerpunktsetzungen an der AUB auf dem Gebiet der Europäischen Integration und der spezifischen Transformationsprozesse der Staaten Mittel- und Osteuropas. Weiter bündelt es die in Zusammenhang mit den Donaunraumstrategien der EU und der beteiligten Länder (insbesondere Ungarn, Österreich, Deutschland, Bayern, Baden-Württemberg) stehenden Aktivitäten der AUB und profiliert die Universität als Modellprojekt im Rahmen der Donaunraumstrategie. Das Donau-Institut baut ein europaweites, interdisziplinäres Netzwerk zur Forschung über die Region Mittel- und Osteuropa auf. Es leistet einen Beitrag zur Verstärkung der Wissenschafts-

und Hochschulkooperation. Wir organisieren regelmäßig internationale Konferenzen, Workshops, Vorträge und Ringvorlesungen. Das Donau-Institut hat 4 Wissenschaftliche MitarbeiterInnen, 3 Junior und 3

EU-Fördergeldern stellt eine präzise und strukturierte Aufgabe dar, da die Vorschriften und vor allem die Abrechnungskriterien sehr streng aufgebaut sind. Selbstverständlich gehören diese Aufgaben auch zu



Mónika Dózsai - Geschäftsführende Koordinatorin der Doktorschule

Senior Visiting Research Fellows. Als Geschäftsführende Koordinatorin erfülle ich in erster Linie die operativen und organisatorischen Aufgaben, das heißt, dass ich mit meiner Arbeit vor allem die Leitung des Instituts und die Forschungstätigkeit der Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen bzw. der Visiting Research Fellows unterstütze. Ich bin für die Vorbereitung und Organisation der wissenschaftlichen Veranstaltungen, Tagungen, Workshops, Vorträge, Präsentationen verantwortlich. Seit Anfang Januar 2012 werden das Donau-Institut sowie die Doktorschule im Rahmen von TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 für 2 Jahre unterstützt, um die wissenschaftliche Qualität durch die Einladung ausgewiesener ForscherInnen sowie die Organisation internationaler Konferenzen weiter zu entwickeln. Es ist eine realisierbare und wunderbare Möglichkeit für das Institut und für die AUB, die Tätigkeit in Wissenschaft und Forschung bzw. das Forschungsprofil zu etablieren und zu verstärken. Eine solche Unterstützung ist jedoch nicht immer eine einfache Sache, denn das Projektmanagement von

meiner Tätigkeit, allerdings werde ich darin sehr intensiv von meinen KollegInnen in der Verwaltung und Projektmanagement unterstützt. Zudem stehe ich in ständigem Kontakt mit dem Vorstand des Donau-Institutes, mit den ProfessorInnen und DozentInnen und mit den DoktorandInnen der Universität. Ich betreue unsere Internetseite, die Publikationen sowie die Serie Donau-Institut Working Papers, die demnächst starten wird. Weiterhin erledige ich die nötige Öffentlichkeitsarbeit für das Institut. Nicht zuletzt beteilige ich mich zunehmend aktiver daran, Drittmittel für unsere zukünftige Existenz zu erwerben.

DF: Haben Sie vorher bereits Kontakt zu der AUB gehabt? Wie kamen Sie auf die Idee, hier zu arbeiten? Waren Sie schon zuvor in einem multinationalen Arbeitsumfeld tätig?

MD: Bevor ich die Stelle an der Andrássy Universität bekam, arbeitete ich von 1998 bis 2010 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am interdisziplinär ausgerichteten Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte

und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig. In diesen zwölf Jahren habe ich die Chance bekommen als Literaturwissenschaftlerin in verschiedenen Forschungsprojekten tätig zu sein und wertvolle Erfahrungen in der deutschen Forschungslandschaft zu sammeln.

Im Rahmen dieser Tätigkeit habe ich in erster Linie historische und vergleichende Untersuchungen über mitteleuropäische Exil- und Migrantenliteraturen, sowie über gegenkulturelle Interventionen vor und nach der Wende publiziert. Bei der Bewerbung für die Andrássy Universität hat mich die Perspektive gereizt, diese wissenschaftlichen Erfahrungen in einem praxisbezogenen Umfeld aktivieren zu können. Die Andrássy Universität war durch ihre osmitteleuropäische Profilierung und auch nicht zuletzt durch ihre internationale Ausprägung meine allererste Adresse. Ich bin froh, dass ich hier in diesem deutschsprachigen, internationalen Umfeld arbeiten kann und profitiere enorm aus dem Austausch mit den KollegInnen. Nach vierzehn Jahren Deutschlandaufenthalt bin ich wieder nach Budapest zurückgekehrt und fühle mich durch mein deutsches Arbeitsfeld wie in einem Exterritorium, als wäre ich in einem international geprägten, offenen und inspirierenden Zwischenraum, der weder in Deutschland noch in Ungarn zu finden ist. Ein merkwürdiger, aber sehr bereichernder Zustand.

TG: Als Germanistin und jemand, der die deutschsprachige Kultur und die deutsche Sprache bewundert, habe ich die Gründung der Andrássy Universität selbstverständlich von Anfang an sehr begrüßt. Bevor ich an die AUB kam, arbeitete ich 5 Jahre lang als Kultur- und Institutsreferentin im Kulturinstitut der Republik Ungarn in Stuttgart, so war die AUB in unserem Hause – wenn auch nur durch Plakate und Flyer – ständig präsent. Außerdem kannte ich einige der AUB-ProfessorInnen, die auf Einladung des Ungarischen Kulturinstitutes in Stuttgart dort Vorträge gehalten haben. Das multinationale, interdisziplinäre Arbeitsfeld war mir also überhaupt nicht unbekannt, und nicht nur wegen

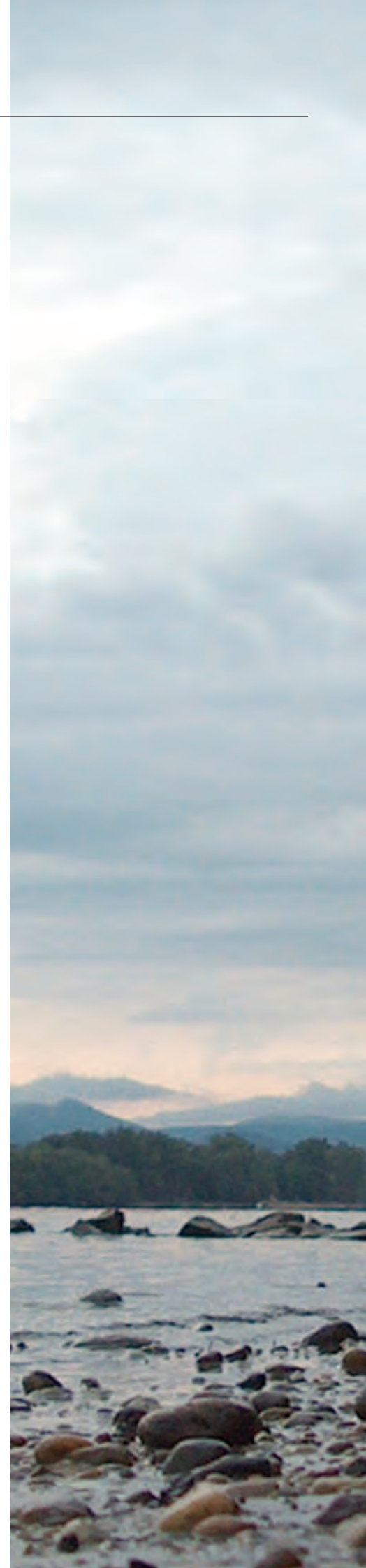
Stuttgart, sondern auch aufgrund früherer Arbeitserfahrungen. Als mein Vertrag am Ungarischen Kulturinstitut ablief und ich mit meiner Familie nach 5 Jahren wieder nach Budapest zog, wusste ich, dass ich möglichst eine Arbeit finden wollte, bei der ich in erster Linie meine früheren Berufserfahrungen im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich, sowie meine Kontakte aus der süddeutschen Region gut nutzen kann. Es war also klar, dass die Andrássy Universität schon vor meiner Rückkehr aus Stuttgart auf meiner „Liste“ stand, wo ich regelmäßig nachsah, ob vielleicht eine für mich in Frage kommende Stelle ausgeschrieben würde.

DF: Nun arbeiten Sie seit einigen Monaten hier, was sind die ersten Eindrücke? Was hat Sie positiv, was eher negativ überrascht?

MD: In den ersten drei Monaten erlebte ich mein neues Arbeitsumfeld als ausgesprochen anregend und unterstützend. Ich profitierte während meiner Einarbeitungsphase sehr viel aus den Erfahrungen und Kompetenzen meiner KollegInnen und bin für die intensive praxisbezogene Lehrphase auch sehr dankbar. Inspirierend finde ich die hausinternen Kooperationsmöglichkeiten mit den drei Fakultäten, dem Donau-Institut und dem netPol-Projekt und freue mich auf die Umsetzung unserer geplanten Gemeinschaftsprojekte.

TG: Ganz ehrlich und mit großer Freude darf ich sagen, dass ich mich vom ersten Tag an hier an der AUB sehr wohl fühle und jeden Tag gerne zur Arbeit komme. Es herrscht ein für mich erstaunlich entspanntes und erfreulich freundliches sowie auch sehr familienfreundliches (das ist für mich als Mutter von 2 Kindern besonders wichtig) Arbeitsklima, wo man wirklich das Gefühl hat, dass es nicht nur erlaubt ist, kreativ und selbstständig zu arbeiten, sondern geradewegs geschätzt wird. Für mich ist es eine äußerst spannende Aufgabe, aktiv beim Aufbau und Management eines wissenschaftlichen Institutes mitwirken zu können, wo man die Aufgaben und Ziele klar definieren

kann und auch muss. Das universitäre Umfeld ist natürlich schon an sich sehr angenehm, ich finde es spannend und aufregend, bei der Arbeit häufig Themen und Fragen zu begegnen, bei denen ich mich fachlich zwar nicht auskenne, die mich trotz allem aber sehr interessieren. Ich freue mich schon jetzt auf all die interessanten Veranstaltungen, die das Donau-Institut im Wintersemester 2012/2013 zusammen mit den Fakultäten organisiert und anbietet.



Forschung und Tagungen



**Das Donau-Institut
für Interdisziplinäre Forschung**

Das Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung Budapest wurde im November 2009 als Forschungsinstitut der Andrassy Universität Budapest (AUB) gegründet und hat ein Jahr später seine Arbeit aufgenommen.

Als interdisziplinäre Forschungsstelle koordiniert das Institut die Forschung in den bisher herausgebildeten Schwerpunktsetzungen an der AUB und macht diese sichtbar. Weiter bündelt es die in Zusammenhang mit den Donaunraumstrategie der EU stehenden Aktivitäten der AUB und profiliert die AUB als Modellprojekt im Rahmen der Donaunraumstrategie. Das Donau-Institut treibt die Vernetzung der AUB in der Region weiter voran und baut dazu ein europaweites, interdisziplinäres Netzwerk zur Forschung über die Region Mittel- und Osteuropa auf. Wir organisieren regelmäßig internationale Konferenzen, Workshops, Vorträge und Ringvorlesungen, die auch in die interessierte Öffentlichkeit ausstrahlen. Das Projekt „Aufbau des Donau-Instituts an der AUB“ wurde von der ungarischen Regierung als Projekt in die Priority Area 7 („Knowledge Society“) der Donaunraumstrategie der EU eingebracht.

Die Forschungsschwerpunkte am Donau-Institut liegen im Bereich der Europäischen Integration und der spezifischen Transformationsprozesse in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie ihrer Rückwirkungen auf die Europäische Union. Daneben gilt ein besonderes Interesse den Strategien und Politiken der EU, die auf die Entwicklung der Region Ost- und Mitteleuropa sowie die Nachbarstaaten im Osten und die Staaten des Westbalkans gerichtet sind. Ziel ist es, die AUB mit einer interdisziplinären Forschung über die aktuellen Entwicklungen in der Integrations-, Beitritts- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union sowie die spezifischen Entwicklungen und Probleme der Region Mittel- und Osteuropa zu profilieren und zu einem Thinktank in der Region über die Region zu entwickeln. Auf diese Weise können die an der AUB in allen Disziplinen in einmaliger Weise vorhandenen Kompetenzen für die

Europäische Transformationsprozesse sowie die Region Mittel- und Osteuropa optimal zum Tragen kommen.

Die Forschung fokussiert sich aktuell im Rahmen von drei Schwerpunkten auf folgende Themenbereiche:

FORSCHUNGSSCHWERPUNKT 1 - EUROPÄISCHE INTEGRATIONSPROZESSE

Themenbereiche

- Reformkonzepte für die Donaunarchie am Vorabend des ersten Weltkrieg
- Der 33-jährige Krieg: Mitteleuropa zwischen 1914 und 1947
- Neue Formen der europäischen Governance (Makroregionale Strategien)
- Grenzüberschreitende Unternehmensgruppen auf dem Europäischen Binnenmarkt
- Binnenstruktur der zweiten Kapitalgesellschaftsform
- Umsetzung des Europäischen Verbraucherprivatrechts in den Mitgliedstaaten und das Projekt eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts
- Politische Innovationen in der Europäischen Union

FORSCHUNGSSCHWERPUNKT 2 - TRANSFORMATIONSPROZESSE QUALITÄT VON DEMOKRATIEN UND WIRTSCHAFTSSYSTEMEN

Themenbereiche

- Konflikte und Konfliktlösungsstrategien im Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts
- System und Systembrüche in Mitteleuropa
- Grundlagen der Demokratie
- Demokratiequalität in Ost- und Mitteleuropa
- Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Mittel- und Osteuropa
- E-Governance: Interdependenzen von technologischen und institutionellen Innovationen

FORSCHUNGSSCHWERPUNKT 3 - IDENTITÄTSBILDUNG: NATIONALITÄTEN, KULTUREN UND MINDERHEITEN

Themenbereiche

- Minderheitenfragen im Donau-

raum

- Mythen und Sport in Mitteleuropa K.u.K – Kult und Kitsch: Die Donaunarchie im Unterhaltungskino

Das Donau-Institut wird von Prof. Dr. Ellen Bos geleitet.

Mitglieder des Vorstandes sind:

- Prof. Dr. Georg Kastner (Geschichtswissenschaft)
- Prof. Dr. Stefan Okruch (Wirtschaftswissenschaft)
- Dr. Zoltán Tibor Pállinger (Politikwissenschaft)
- Prof. Dr. Christian Schubel (Rechtswissenschaft)

Information zum Team und zu den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, sowie zu den Research Fellows finden Sie auf der Homepage der AUB.

Das Institut wird im Rahmen des TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 Projektes durch die Europäische Union gefördert.



KONTAKT

Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung Budapest
Andrassy Universität Budapest
H-1088 Budapest
Pollack Mihály tér 3.
Tel | (+36) 1-266-3101 / 104
donau-institut@andrassyuni.hu

Veranstaltungen des Donau-Instituts im Sommersemester 2012



AUB Flashlight zu den Präsidentenwahlen in Russland

„Gesellschaftlicher Protest und autoritäres System in der Ära Putin 3.0“ lautete der Titel des Abendvortrags von Prof. Dr. Margareta Mommsen, der als AUB Flashlight zu den russischen Präsidentenwahlen am 20. März 2012 stattfand und von der Fakultät IB wie dem Donau-Institut organisiert wurde. Die Proteste gegen die Wahlfälschungen bei den russischen Parlaments- und Präsidentenwahlen sowie die Rückkehr Putins ins Präsidentenamt waren der Ausgangspunkt des Vortrages der deutschen Russlandexpertin. Frau Prof. Mommsen beleuchtete zunächst die Grundmerkmale des Systems der

„gelenkten Demokratie“ in Russland und ging anschließend auf die Besonderheiten des Duumvirats von Dmitrij Medwedjew und Wladimir Putin ein. Dabei zeichnete sie die Dynamik des Prozesses nach, der von der Auflösung des „Tandems“ im Spätsommer 2011 über die Dumawahlen zu den Massenprotesten geführt hat. Die Perspektive für die zukünftige Entwicklung und die Erfolgsaussichten der Protestbewegung bezeichnete sie als vollkommen offen.



Prof. Dr. Margareta Mommsen



Gäste während des Vortrages von Prof. Mommsen

Internationale Tagung und Doktorandenworkshop „Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa im Vergleich. 1867 bis zur Gegenwart“

Das Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung und die Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Andrassy Universität Budapest (AUB) organisierten zusammen mit dem Österreichischen Kulturforum Budapest am 18. und 19. April 2012 die internationale Tagung „Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa im Vergleich. 1867 bis zur Gegenwart“. Projektleiter der Tagung war Dr. Christopher Walsch, der seit dem ersten Halbjahr 2012 als Senior Research Fellow an der AUB arbeitet. Zur Tagung konnten hochrangige Referent/inn/en aus fünf Ländern gewonnen werden. Es gab in Summe drei Panels mit je drei Referaten, flankiert von je zwei Eröffnungs- und Schlussreferaten am Beginn und Ende der Tagung, wie auch anregende Diskussionen im gut gefüllten Andrassy Saal der AUB im Anschluss an die Ausführungen der Referent/inn/en.

Die Doktorschule der AUB organisierte im Verbund mit dem Interdisziplinären Donau-Institut am 20. April einen Doktorandenworkshop im Anschluss an die zweitägige Internationale Tagung, die sich mit dem gleichen Thema befasste und hochrangige Referent/inn/en an die AUB bringen konnte. Im Rahmen des laufenden TÁMOP-Förderungsprogrammes für das Donau-Institut konnten die besten Eingaben finanziell unterstützt werden. Die schriftlichen Beiträge der Doktorand/inn/en werden mit Aussicht auf Aufnahme in die geplante Working Paper Series des Donau-Instituts gesondert geprüft werden. Die Arbeitssprachen des Workshops waren deutsch und englisch – eine Herangehensweise, die bei den Doktorand/inn/en der AUB ein positives Echo fand.



v.l.n.r. Dr. Ch. Walsch, Senior Research Fellow AUB; Prof. Dr. A. Masát, Rektor AUB; Prof. Dr. E. Bos, Leiterin des Donau-Instituts; Dr. M. Zimmermann; Österreichischer Botschafter in Ungarn; Prof. Dr. G. Kastner, Dekan Fakultät MES AUB



Prof. Dr. Roman Sandgruber, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte / Universität Linz





Eröffnung des Doktoranden-Workshops durch Prof. Dr. Ellen Bos, AUB



Teilnahme von internationalen DoktorandInnen



Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig



Wissenschaftlicher Austausch - v.l.n.r. Dr. Hendrik Hansen, AUB und Prof. Zehnpfennig

Internationaler Doktoranden-Workshop „Krise der Demokratie“ - Abendvortrag von Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig: „Der Relativismus als demokratisches Glaubensbekenntnis? Überlegungen zu den Grundlagen unserer Demokratie“

Am 24. und 25. Mai 2012 fand an der Andrassy Universität Budapest (AUB) der internationale Doktoranden-Workshop „Krise der Demokratie“ statt. Veranstaltet wurde er vom Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung an der AUB sowie von den zwei AUB-Fakultäten Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen.

Die Leiterin der Doktorschule, Professor Dr. Ellen Bos, und PD Dr. Hendrik Hansen, AUB begrüßten die Teilnehmer/innen und gaben ihrer Freude Ausdruck, dass das Thema auf große Resonanz stieß und Doktoranden sowohl aus dem westlichen wie aus dem östlichen Europa die AUB als Konferenzort und Treffpunkt wählten. Inhaltlich verwies Ellen Bos darauf, dass der Enthusiasmus von 1990, als von einem „Siegzug der Demokratie“ gesprochen werden konnte, spätestens seit der Wirtschaftskrise 2009 einer Ernüchterung gewichen ist. Demokratien sind heute unter Druck und als Regierungsform in neuester Zeit mehr als früher der Konkurrenz von autoritären und semidemokratischen hybriden Regimen ausgesetzt. Hendrik Hansen verwies in seiner Einführung auf vier Analyseebenen: die Sachebene, die von großer Komplexität gekennzeichnet ist; den Politiker als Überzeugungspolitik oder als Karrieristen; den Bürger und seine vielfältigen Erwartungen; schließlich auf die Politikwissenschaft und die Diskurse, die die Wissenschaft führt.

Der erste Tag des internationalen Doktorandenworkshops endete mit dem Vortrag: „Der Relativismus als demokratisches Glaubensbekenntnis? Überlegungen zu den Grundlagen unserer Demokratie“ der politischen Philosophin Barbara Zehnpfennig von der Universität Passau. Die zentrale Frage ihres Vortrages

lautete: „Ist der Relativismus das Problem, oder die Lösung des Problems?“. Da die Antwortfindung auf diese Frage keine einfache ist, konzentrierte sie sich in ihren Ausführungen auf die Möglichkeiten und Grenzen des Relativismus im demokratischen System. Im ersten Schritt setzte sich Zehnpfennig mit dem Gerechtigkeitsbegriff des Rechtsphilosophen Gustav Radbruch auseinander. Anschließend behandelte sie die Rolle des Relativismus im demokratischen Verfahren und in der demokratischen Gesellschaft sowie die Grenzen des Relativismus. Das demokratische Gesamtbild setzt sich für die Philosophin aus der Freiheit sich zu beteiligen, aus der Herrschaft auf Zeit und der Herrschaft der Gleichen zusammen.

Zehnpfennig konstatierte in ihrem Vortrag: „Relativismus endet bei der nicht relativierbaren Grundlage“ und steht für „eine Theorie, die in Wahrheit nicht lebbar ist.“ Denn wenn „Alles relativ wäre, wäre Alles egal“, aber Gerechtigkeit beispielsweise ist nicht egal. „Niemand hat die Wahrheit. Es heißt aber nicht, dass es sie nicht gibt“ – so die Referentin weiter. Die Aufgabe von demokratischen Gesellschaften besteht darin, nach der Wahrheit auf der Gemeinschaftsebene zu suchen – laut der Schlussfolgerung von Zehnpfennig.



Trinationales Doktorandenkolloquium in Klausenburg

Zwischen dem 15. und 16. März 2012 haben Doktoranden der AUB am Trinationales Doktorandenkolloquium „Die methodische Umsetzung von Forschungsdesigns im Rahmen von Dissertationsprojekten“ gemeinsam mit Doktoranden der Universität Passau und der Babeş-Bolyai Universität Klausenburg teilgenommen. Das als Kooperationsprojekt von PD Dr. Mariano Barbato (Babeş-Bolyai Universität Klausenburg), Prof. Dr. Daniel Göler (Universität Passau) und Prof. Dr. Ellen Bos (AUB) organisierte internationale und interdisziplinäre Kolloquium bot den Doktoranden die Gelegenheit, ihre Dissertationsprojekte zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Dabei standen die methodischen Ansätze jeweils im Mittelpunkt. Teilnehmer waren von der AUB Nina Kandler-Schmitt (Dissertationsthema:

Qualitätsmanagement in Supply Chains), Daniel Kudet (Dissertationsthema: Immobilienkredite in Ungarn), Ines Gruber (Dissertationsthema: Die Politik der ungarischen Regierung gegenüber den Auslandsungarn), Annamária Molnár (Dissertationsthema: Das Schicksal Ungarndeutscher Frauen nach 1945), Claudia Piragino (Dissertationsthema: Das Verhältnis von Italien und Ungarn nach dem ersten Weltkrieg), Johann-Jakob Wulf (Dissertationsthema: Makroregionen in der Europäischen Union) und Andra Octavia Draghiciu (Dissertationsthema: Undergroundkultur in Rumänien und Ungarn), sowie die Leiterin der Doktorschule Prof. Dr. Ellen Bos, die am Abend einen wissenschaftlichen Vortrag über die Donau-Raum Strategie der Europäischen Union hielt.



TeilnehmerInnen des Doktorandenkolloquium mit Prof. Dr. E. Bos, Leiterin der Doktorschule AUB



Gemeinsamer Abend

Online-Danube-Network-lectures (DALEC)-Vortragsreihe

Das „Danube Network lecture“ (DALEC)-Projekt ist eine Kooperationsveranstaltung mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm als Koordinator, dem Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm sowie internationalen Kooperationspartnern, wie der Kirchlichen Pädagogische Hochschule Wien/Krems, der Universität Belgrad, der Universität Craiova, der Universität Ruse „Angel Kanchev“, dem Young Citizens Danube Network, Institutionen der Kultur- und Erwachsenenbildung und deutschsprachigen Gymnasien in Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien und Serbien. Am 10. Juli 2012 fand die Abschlussveranstaltung der Online-Ringvorlesung statt, die unter dem Motto „Die Werte und Wege entlang der Donau“ seit November 2011 insgesamt sechs Vorlesungen durchführte. Die

Andrássy Universität Budapest (AUB), als Projektpartner, verpflichtete sich somit alle Vorlesungen der Ringvorlesung mithilfe des Internetportals DFNC Webkonferenzen an die AUB zu übertragen sowie am 9. Mai 2012, dem Europatag, die Vorlesung von Dr. Jenő Kaltenbach zum Thema „Demokratische Werte und Rechte der Minderheiten“ zu organisieren, die von den Teilnehmern der anderen Partnerinstitutionen über das Internetportal mitverfolgt werden konnten. Folgende Vorlesungen wurden in Zusammenarbeit mit Ulm/Neu-Ulm, Belgrad und Krems veranstaltet: 1. Vorlesung, 30.11.2011: Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm und das Donaubüro Ulm/Neu-Ulm, Vorstellung des Projekts und der Projektpartner, ZAWiW, Donaubüro (Ulm, Deutschland); 2. Vorlesung,

18.01.2012: Prof. Reinhard Johler, „Identitätsstiftende Werte für Alt und Jung in der Donauregion“ (Ulm, Deutschland); 3. Vorlesung, 01.02.2012: Dr. Katarina Popović, Universität Belgrad, „Welchen Wert hat Bildung in der Donauregion?“ (Belgrad, Serbien); 4. Vorlesung, 07.03.2012: Dipl. Ing. Hubert Fechner, MAS, MSc, Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems, „Gebäude als Kraftwerk - Die Basis einer solaren Energiewirtschaft“ (Krems, Österreich); 5. Vorlesung, 09.05.2012: Europatag, Dr. Jenő Kaltenbach, Andrássy Universität Budapest, „Demokratische Werte und Rechte der Minderheiten“ (Budapest, Ungarn); 6. Vorlesung, 10.07.2012: Prof. Dr. Christian Spannagel, „Open Donau 2.0 - Was können die neuen Medien für die Donauregion bringen?“ (internationales Donaufest Ulm/Neu-Ulm) mit abschließender Podiumsdiskussion an der Dr. Flooh Perlot vom Institut für Strategieanalysen (ISA) und netPOL-Netzwerk Politischer Kommunikation für die AUB als Experte teilnahm.



Political Crisis in Europe - Direct Democratic Answers

Im Rahmen einer Kooperation der Fakultäten IB und VSR, dem Donau-Institut und der Doktorschule der AUB sowie dem Liechtenstein-Institut, der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie der Philipps-Universität Marburg und dem Initiative and Referendum Institute Europe fand am 4.-5. Mai 2012 die englischsprachige Konferenz „Political Crisis in Europe - Direct Democratic Answers“ an der AUB statt.

1. Panel: „Dimensions of the Crisis“

Um die „politische Krise“ fassen zu können, muss sie erst definiert werden können: Ein „Brandherd“ dieser Krise sei die Legitimation demokratischer Systeme, welche derzeit mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert seien, so Dr. Zoltán Tibor Pállinger im Eröffnungsvortrag des 1. Panels. Legitimität, aber auch die Einstellung zu den demokratischen Institutionen sowie das Niveau von In- und Outputlegitimation könne durch die Implementierung direktdemokratischer Instrumente erheblich verbessert werden, was aber nicht zuletzt auch von anderen Faktoren abhängig ist, vor allem von der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung von Partizipation und Verantwortung durch den Souverän. Die Grenzen der Verantwortung zeigte Theo Schiller in seinem Vortrag auf: Eine Regierung, die dem Parlament und letztendlich den Wählern verantwortlich ist, ist ein Synonym für Demokratie. Aber dieser Verantwortlichkeit sei auch Grenzen gesetzt, so z.B. durch die zeitliche Diskrepanz von politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen oder auch internationalen Verträgen, die einen Staat binden können. Der Verlust demokratischen Vertrauens gehe mit diesen Prozessen einher: Regierungen sind nicht mehr allein verantwortlich für ihr Handeln, sondern es müsse auch das internationale Umfeld mit betrachtet und in den Bewertung einbezogen werden und kommuniziert werden. Über die Auswirkungen von Kommunikation auf die Bürgerbeteiligung sprach Frank

Marcinkowski. Er stellte die Ergebnisse der zwei Umfragen dar, welche im Zuge zweier Referenden in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (S21) im Jahr 2011 durchgeführt wurden. Die zentrale Forschungsfrage dabei war, ob die Bürger gut begründete Entscheidungen treffen können und inwiefern sie dabei von den Medien und den Wahlkampfkampagnen manipuliert werden. Das Hauptergebnis der Untersuchungen war überraschend: Obwohl die Bürger tatsächlich mehr Informationen gewinnen und mit Argumenten konfrontiert werden, verändern sich bestehenden politischen Präferenzen kaum. Maija Setälä diskutierte zwei wichtige Instrumente der direkten Demokratie: das Referendum und die Initiative. Das größte Probleme von Referenden sei, dass sie parlamentarische Verfahren untergraben, da Wähler ihre Entscheidungen nicht gut begründen müssen und dass sie keine Anreize haben, aufgrund von Sachinformation abzustimmen. Initiativen (großen „full-scale“ Initiativen oder Agenda Initiativen) können dagegen einige Vorteile bergen, aber die Fähigkeit, Initiativen zu organisieren ist in der Gesellschaft nicht gleichmäßig verteilt, was es schwieriger für kleine Gruppen macht, eine Initiative zu starten. Emanuel Richter stellte in seinem Vortrag die Beziehung zwischen Global Governance und direkter Demokratie her: Weltpolitik werde immer komplexer, weshalb vor allem die Souveränität aus der Hand des Volkes immer mehr in die Hände der supranationalen „Agenturen“ abwandert. Eine kosmopolitische Souveränität würde benötigt, um diese Krise zu lösen.

2. Panel: „Structure of Crisis Management“

Die Krise der Repräsentation der Bürger in der europäischen Politik und die Antworten durch mehr Partizipation auf europäischer Ebene präsentierte Hans Lietzmann. Im Bezug auf die Repräsentation in der europäischen Politik betonte er, dass die Institutionen der Europäischen

Union demokratische Defizite aufweise: Repräsentative Demokratie braucht mehr demokratische Legitimation und die direkte Demokratie könne somit eine wertvolle Alternative darstellen. Direkte Demokratie stützt sich auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die politischen Entscheidungsprozesse: Bürger wollen mehr mitentscheiden, was sie bis jetzt allerdings nur auf nationaler Ebene können. Die „European Citizens Initiative“ (ECI) könne dazu der erste Schritt sein um auch die europäische Bedeutung der Zivilgesellschaft zum Ausdruck zu bringen. So könnte die Zivilgesellschaft auch auf EU-Ebene in den Entscheidungsprozess integriert werden.

Gebhard Kirchgässner referierte über die Beziehung von Konkordanzdemokratie und „Divided Government“: Konkordanz ist eine notwendige Bedingung für ein „Divided Government“ (geteilte Regierung), im dem der Wähler die Möglichkeit hat, die Aktivitäten der Regierung auch außerhalb der Wahlen zu beeinflussen. Elisabeth Alber wies in ihrem Vortrag die Möglichkeiten von territorialer und regionaler Regierungsführung (Dezentralisierung) hin, in einigen Mitgliedstaaten institutionelle Innovationen herbeizuführen. Sie betonte, dass diese Innovationen notwendig sind, um politische Krisen zu überwinden.

Krisztina Arató entzauberte Demokratie als einen Mythos in der Europäischen Union: In der Gemeinschaft befinden sich stabile demokratische Systeme, aber es sei fraglich, ob die EU auf ihrer eigenen Ebene demokratisch genug sei. Die Idee der Demokratie auf supranationaler Ebene sei problematisch. Es besteht eine Lücke zwischen den Bürgern und den EU-Institutionen. Die ECI könne die erste Möglichkeit für direkte Demokratie in einer supranationalen Gemeinschaft sein. Antworten auf die gegenwärtige Krise könne laut Bruno Kaufmann gerade das Instrument der Initiativen geben: Initiativen werden von Bürgern organisiert, um die politische Entscheidungsfindung zu beeinflussen und daran teil zu nehmen. Prof. Dr. Martina Eckardt stellte

in ihrem Vortrag Möglichkeiten dar, wie Informations- und Kommunikationstechnologie (von „e-government“ zu „e-governance“) zur Beeinflussung von Politik beitragen kann.

Keynote Speech: Andreas Gross - „The multiple & systemic crises of today’s democracies and some propositions to save it“

Im Rahmen der Konferenz präsentierte Andreas Gross (Parlamentarier im Nationalrat der Schweiz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates) seine Gedanken und Lösungsvorschläge zur Krise der Demokratie in einem interessanten „Keynote Speech“ am Abend des ersten Konferenztages: Seiner Ansicht nach ist die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der gesamten Welt der letzten zwei Jahrzehnte durch „Ungleichzeitigkeit“ gekennzeichnet, welche besonders 2011 – im „Jahr der Demokratie“ zu Tage trat. In vielen arabischen Ländern durchlaufen die Gesellschaften Entwicklungen, welche mit den revolutionären Entwicklungen in Europa um 1848 zu vergleichen sind und starke demokratische Bewegungen hervorbringen, die das Ideal der Demokratie hochhalten. Gleichzeitig haben Bürgerinnen und Bürger in den „alten“ Demokratien zunehmend den Eindruck, dass ihre demokratischen Institutionen „verfallen“: Sie hätten nicht mehr das Gefühl, sich frei entfalten zu können und an politischen Entwicklung mitwirken zu können, wie es jetzt die arabischen revolutionären Gesellschaften können, die sich mitten im Prozess eines enthusiastischen Umschwungs befinden. Durch dieses verloren gegangene „Gefühl“ lässt sich auch nach Ansicht von Herrn Gross Phänomene wie Politikverdrossenheit,



v.r. Dr. Z. T. Pállinger, Dekan der Fakultät IB AUB und Mitorganisator der Konferenz



Andreas Gross

Mitgliederschwund in Parteien oder erstarkender der Verlust von Vertrauen in Regierungen erklären, was sich zu einer allumfassenden und präsenten Systemkrise ausweitet. Demokratische System würden durch diesen Vertrauensverlust in Gefahr laufen, immer weniger ihren Basisaufgaben nachkommen zu können, wie z.B. die ökonomischen Krisen gezeigt hätten. Dazu müssten sich demokratische Systeme von dem starken Einfluss des internationalen Marktes und der Unternehmen befreien und ihre Entscheidungen durch stärkere direktdemokratische Verfahren legitimieren, welche aber unbedingt das nötige und richtige institutionelle „Design“ bräuchte, um richtig zu funktionieren und nicht ihrerseits zu Verdross und Krise zu führen. Viele Bürger hätten heute ein großes „Cityoen“-Potenzial, welches unbedingt ausgeschöpft werden müsse. Ihnen müsse klar gemacht werden, dass „ihr“ System – wie in den arabischen Ländern – erneuert werden müsse und sie dafür „kämpfen“ müssen, dass Europa demokratischer wird.

3. Panel: „Case Studies“

Rolf Büchi lieferte einen Überblick über die Privatisierung der Wasserversorgung in Südamerika und wies dabei auf die komplexe Problematik der Globalisierung sowie die Entwicklungsphasen der lateinamerikanischen Wirtschaft hin. Anhand der Theorien von Bernard Lietaert erklärte er, wie die modernen Marktwirtschaft statt der Stabilität die Instabilität bzw. das Ungleichgewicht als Fundamentalprinzipien gelten. Aus diesen Eigenschaften resultiere auch in den lateinamerikanischen Staaten eine Spannung zwischen den demokratischen Werten bzw. der Marktallokation, was die Ein-

satzmöglichkeiten des direktdemokratischen Instrumentarium stark beschränke. Das Projekt „Stuttgart 21“ bzw. die Volksabstimmung dazu kann dagegen laut einer Studie von Uwe Wagschal als ein kleiner Sieg für die Einsatzmöglichkeiten direkter Demokratie betrachtet werden: Die Bürger würden kontinuierlich nach einem höheren Beteiligungsgrad streben, wodurch die Legitimation des bestehenden politischen Systems auch gestärkt werden würde. Die in diesem Prozess erhaltenen Rückkopplungen seien aber zugleich durch bestimmte inhärente Risikofaktoren (status quo bias, NIMBY-Phänomen usw.) beeinflusst, was bei der zukünftigen Anwendung der demokratischen Instrumente unbedingt berücksichtigt werden sollte. Die Anwendung von direktdemokratischen Mitteln sei laut Wilfried Marxer erst dann geeignet, wenn das gesamte potentielle Ergebnis (Output) gerechtfertigt werden kann. Marxer stellte in seinem Vortrag detailliert dar, wie liechtensteinische Banken ihre Geschäftspolitik aufgrund internationalen Drucks aufgegeben haben und damit das Wirtschaftssystem Liechtensteins veränderten. Dazu wurde kein Referendum initiiert, obwohl die Möglichkeit bestand, was auf ein breites Einverständnis mit dieser Maßnahme schließen ließe. Ebenso stellte Salvör Nordal in ihrer Präsentation dar, wie die isländischen Bürger im Rahmen einer Volksabstimmung die Entschädigung ausländischer Bankeinleger durch die sog. ICESave-Gesetze zweimal (in 2009 bzw. in 2011) abgelehnt haben.

Dr. Kálmán Pócsa und Prof. Dr. Christoph Frei präsentierten abschließend die Entwicklung der direktdemokratischen Errungenschaften in dem Vereinigten Königreich bzw. in Frankreich. In ihren Präsentationen versuchten sie die Problematik zu erläutern, wie das repräsentative System und die ungeteilte Souveränität(-sausübung) koexistieren können.

Konferenz „Der Islam in Kultur und Politik Mitteleuropas“

Anlässlich der Verankerung des Islams in der österreichischen Verfassung im Jahre 1912 („Islamgesetz“) veranstalteten das Österreichische Kulturforum Budapest (ÖKF; Dr. Kornfeind) und die Fakultät für Mitteleuropäische Studien an der Andrassy Universität Budapest (AUB; Prof. Binder) die internationale Konferenz „Der Islam in Kultur und Politik Mitteleuropas“ / „Az iszlám a közép-európai politikában és kultúrában“. Die sehr gut besuchte Veranstaltung, die in deutscher und ungarischer Sprache abgehalten wurde, fand von 10. bis 11. Mai 2012 an der AUB statt.

Für die Konferenz konnten international renommierte Wissenschaftler und Politiker gewonnen werden, die eine interdisziplinäre Ausrichtung gewährleisteten – so wurden nicht nur historisch, sondern auch rechtlich, religionswissenschaftlich, kunsthistorisch und politisch relevante Themen erörtert.

Nach der Eröffnung durch Rektor Masát und Botschafter Zimmermann (Österreich), der besonders auf die „Traditionen des Miteinanders in Mitteleuropa“ verwies, hielt Prof. Potz (Wien) den Eröffnungsvortrag über die Entstehung, Bedeutung und Wirkung des österreichischen Islamgesetzes. Er betonte die „schicksalhafte Verknüpfung“ der Geschichte der Donaumonarchie mit jener des



Zahlreiche TeilnehmerInnen begleiten die Vorträge im Andrassy Saal

Osmanischen Reiches und zeigte die vielschichtigen Herausforderungen für die österreichisch-ungarische Religionspolitik auf, die durch die Okkupation und Annexion Bosniens und Herzegowinas (1908) entstand. Prof. Hamza (Budapest) schloss mit einem Vortrag über die Rolle des Islams im ungarischen Recht an, wobei er auf die bereits zur ungarischen Landnahme erfolgte Begegnung der Ungarn mit Menschen islamischen Glaubens hinwies, und Prof. Déri (Budapest) analysierte den Vorgang der staatlichen Anerkennung des Islams in Ungarn 1916 und dessen zeitgenössische Diskussionen. Prof. Ortaylı (Istanbul) sprach über die Hohe Pforte und muslimische Gemeindeverwaltung in Bosnien und Botschafterin Gürer (Wien) über die Türkei als Regionalmacht. Sie referierte vor allem

über die vielfältigen Beziehungen der Türkei zu den verschiedenen Nachbarstaaten. Prof. Prenner (Graz) wiederum ging der Frage der Rolle von Toleranz und Religionsfreiheit im muslimischen Diskurs nach und erläuterte, dass der Islam eine gleichberechtigte Koexistenz zwischen Muslimen und Nichtmuslimen nicht kennt, wohl aber ein Modell der „Schutzbefohlenen“ (dhimma), das eine gewisse Religionsfreiheit gewährt. Prof. Naredi-Rainer (Innsbruck) beleuchtete die außergewöhnliche architektonische Struktur der Hagia Sophia und die späteren Variationen des Hagia-Sophia-Typus' im Moscheebau. Dr. Harrer (Wien) thematisierte die „Zukunft eines europäischen Islams“, ebenso die zunehmende Islamfeindlichkeit, und betonte, dass die aktuellen Diskussionen nicht nur „im Westen“, sondern auch in den islamisch geprägten Gesellschaften geführt werden. Mag. Schahbasi (Wien) präsentierte die Etablierung eines institutionalisierten Dialoges mit Muslimen in Österreich („Dialog-Forum.Islam“), und Botschafter Eichtinger (Wien) zeigte die Bedeutung des Islams im Dialog der Kulturen auf. Die spannenden Vorträge sorgten für angeregte Diskussionen, die sich in den Kaffeepausen fortsetzten. Die Organisatoren blicken auf eine erfolgreiche Veranstaltung zurück und geben der Hoffnung Ausdruck, dass auch zukünftige Veranstaltungen auf derart reges Interesse stoßen mögen.



Eröffnung der Konferenz durch den Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát und v.l.n.r. Prof. Dr. R. Potz, Universität Wien; Dr. E. Kornfeind, ÖKF Budapest; Dr. M. Zimmermann, Österreichischer Botschafter in Ungarn

Studierende berichten

Exkursion nach Sarajewo

Im Rahmen der Veranstaltung „Global Issues – Global Responses“ der Fakultät für Internationale Beziehungen hatten zwölf Studentinnen und Studenten das große Glück, an der Exkursion nach Sarajewo vom 10.-13.05.2012 teilzunehmen, welche von Herrn Dr. Dr. Rolf Krause organisiert wurde. Ziel dieser Exkursion war es – nach Beendigung des Bosnien-Krieges 1995 – ein besseres Verständnis sowie ein ganzheitliches Bild der gegenwärtigen komplexen politischen, wirtschaftlichen, als auch kulturellen Situation des Landes auf dem Balkan zu bekommen.

Schon während der Busfahrt, vorbei an Südungarn und Kroatien, waren wir alle sehr positiv von der Schönheit Bosnien-Herzegowinas beeindruckt, welches mit seinen Bergen, Tälern und Flüssen ein wenig an die Schweiz erinnert. Auch der weit fortgeschrittene Wiederaufbau des Landes war zu verbuchen und lediglich Einschusslöcher in den Hausfassaden ließen auf Spuren des Krieges deuten. Angekommen in Sarajewo bestätigte sich unser Bild: Die Hauptstadt zeichnet sich durch ein südliches Flair aus, getragen von einem multi-kulturellen, lebendigen Treiben. Der Krieg scheint den städtischen Alltag der Menschen – zumindest oberflächlich – nicht mehr zu beeinflussen. Doch wird bereits in Sarajewo deutlich, dass das Land von einer ethnischen Diversität gekennzeichnet ist, die vermuten lässt, dass eine Einigung auf politischer Ebene nicht unproblematisch ist. Seit dem Abkommen von Dayton und der durch die internationale Staatengemeinschaft verabschiedeten Verfassung, war es den Bosniaken, Serben und Kroaten nicht möglich, eine neue Verfassung zu etablieren, welche für eine eigens errichtete Stabilität des Landes unabdingbar wäre. Auch eine Vertreterin des Hohen-Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, Dr. Ulrike Hartmann, bestätigte dies, indem sie in ihrem Vortrag explizit auf die Probleme der Verfassung und des Staatsaufbaus verwies. Ziel müsse es sein, das Land in die Eigenständigkeit zu führen. Dabei sprach sie von einem „local ownership“, das lediglich mit einer einheitlichen bosnischen Identität erreicht werden könne.



ExkursionsteilnehmerInnen vor der deutschen Botschaft in Sarajewo

Diese sei Voraussetzung für einen funktionierenden Staat Bosnien-Herzegowinas und stellt folglich einer der Hauptprobleme bei der eigenständigen Konsolidierung dar. Diese Frage der bosnischen Identität, so stellten wir fest, begleitete uns während der ganzen Exkursion.

Weitere Besuche hatten wir bei der EU-Vertretung, vertreten durch Ales Balut, und bei Frau Claudia Busch von der Deutschen Botschaft. Beide gingen ebenfalls auf die komplexe Situation und die Schwierigkeiten des Landes ein. An manchen Stellen konnte man feststellen, wie „hilflos“ auch die internationale Staatengemeinschaft ist, doch wurde stets der Hoffnungsschimmer eines EU-Beitritts deutlich, welcher als Art von „key“ gesehen wird, eine gesamtpolitische Lösung zu finden. Mit diesem „key“ würde demnach nicht nur eine politische Lösung gefunden, sondern ferner mit den EU-Vorgaben auch wirtschaftliche sowie kulturelle Komponenten angesprochen werden.

Die VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen wiesen überdies besonders auf die Rolle der Zivilgesellschaft hin, die gestärkt werden müsse, um eine langfristige Stabilität und politische Partizipation zu ermöglichen. Hier sei man mit diversen Projekten auf einem guten Weg. Um unsere Kenntnisse zu vertiefen, gab uns einer der Vertreter, Adis Arapovic, mehrere Exemplare seines Buches über das politische System Bosnien-Herzegowinas mit auf den Weg nach Budapest, welche für die Studierenden der AUB in der Bibliothek öffentlich zugänglich sind. Ebenso sprach die Abteilungsleiterin für

Internationale Kooperation im Bereich Kultur und Wissenschaft des bosnischen Außenministeriums, Frau Miranda Sidran, von einem guten Weg, auf welchem das Land sich befinde. Bereits nach solcher kurzer Zeit hat man es geschafft, die Kriegswunden auf solche Art und Weise zu lösen, dass eine positive Entwicklung zu erwarten sei. Doch kann man dem Ziel der Exkursion – der Gewinnung eines ganzheitlichen Bildes – nicht ausschließlich über politische Gespräche gerecht werden, sondern so mussten auch „Land und Leute“ unter die Lupe genommen werden, um der Komplexität Rechnung zu tragen. Neben einer Stadtführung in Sarajewo durch einen Einheimischen, machten wir einen Ausflug in das historische Mostar in der Herzegowina, in welchem sich damals im Krieg die Bosniaken und die Kroaten gegenüberstanden. Auch hatten wir das besondere Glück, einer muslimischen Pilgerfahrt bei der Buna Quelle, die nur einmal im Jahr stattfindet, beizuwohnen.

Zu erwähnen sind nämlich ferner die religiösen, als auch die sprachlichen Diversitäten, welche mit den verschiedenen Ethnien einhergehen und welche einen entscheidenden Faktor bei der Problembewältigung des Landes darstellen. Diese Diversität kann man überall im Land feststellen, so auch in der Hauptstadt: Hier reihen sich seit Jahrhunderten Moscheen, Synagogen, orthodoxe Kirchen und römisch-katholische Kirchen nebeneinander. Auch sticht die architektonische Grenze zwischen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und dem osmanischem Reich hervor.

So war diese Exkursion wahrlich ein multikulturelles Abenteuer und eine Begegnung der religiösen Vielfalt des Balkans. Zum Abendessen begleitete uns stets der Muezzin mit seinen Gebeten. Denn so sind nicht zuletzt das besonders gute und orientalische Essen sowie das delikate Bier in Bosnien-Herzegowina zu erwähnen, ohne jene die Fahrt in nettem Zusammensein nicht das gewesen wäre, was es war: fantastičan, диван und krasan!

Katrin Krämer & Krisztina Hittner

„Keiner war schon immer hier“

Bericht zur Serbien/Kroatien-Exkursion
der Fakultät MES

Budapest - Kecskemét - Subotica - Zenta
- Novi Sad - Sremski Karlovski - Fruska
Gora - Peterwardein - Vukovar - Ossijek
- Budapest

30. Mai 2012

Die nordserbische Region Vojvodina wird landläufig „schwäbische Türkei“ genannt. Beide Attribute verweisen auf Völkergruppen, die zwar mal da waren, aber längst gegangen wurden, die Türken 1696 nach der Schlacht bei Zenta,

das Schicksal der Ungarn nahm eine glückliche Wendung,

die Schwaben, die nach den Türken gerufen wurden, gingen wieder, ebenso unfreiwillig, nach dem II. WK. *Mein Vater hatte so lange gezaudert, soll er gehen, soll er nicht gehen, bis er schließlich geholt wurde,*

Geschichte schreiben heißt, Netze auswerfen.

Zuweilen fühlt man sich in der Region wie ein Ruinentourist. Wären da nicht die feuchtfrohlichen Exemplare in der hintersten Busreihe, die ihren sogenannten Alkoholpegel auf einem konstant hohen Niveau halten und ihre heiteren Inspirationen dankbarer Weise mit ihren Sitznachbarn teilen - *es stellte sich für kurze Zeit Euphorie, also unmotiviert gutes Allgemeinbefinden ein* - könnte man dem angebrochenen Gedanken nachhängen, dass einem aufdringlich unwissenden Blick auf so trübe Geschichte an sich etwas Vulgäres anhaftet.

Subotica, einst: Maria Theresiopel,

nach dem Ende der Monarchie musste man wieder die Fäden aufnehmen, und natürlich musste man die Frage stellen: kann etwas, das so klein ist, überhaupt noch Österreich sein?

auch in ungarischer Übersetzung (Szabadka) „die kleine Freie“ genannt,



Gruppe der ExkursionsteilnehmerInnen

wurde nach der Belagerung der Osmanen systematisch wiederbesiedelt, Schwaben, Slowaken, Ungarn, Ruthenen, noch heute sollen es 16 verschiedene Ethnien sein. Pavillons aus der Zeit der Jahrhundertwende erinnern an die allgegenwärtige Option des Untergangs jedweder Kultur, sogar der nationalen, wenn man so will (oder auch nicht). Nach dem Vertrag von Trianon eine Grenzstadt, Peripherie, Balkan, Südosteuropa, das Rathaus im Jugendstil, der blaue Brunnen im Zentrum aus ungarischem Porzellan (Zsolnay), und für einen Euro bekommt man 115,25 Dinar (Achtung: nicht zu viel wechseln, da es nicht mehr zurück getauscht wird), die Straßen sind nach den üblichen Helden benannt, *mein Vater war ein berühmter Krieger* etc.,

da lenkt sich das Gespräch auf: „Heldenplatz“, ein Theaterstück von Thomas Bernhard. Bis 1991 haben sich die Österreicher als „erstes Opfer“ des NS-Regimes wahrgenommen und vor das Burgtheater wurden dann Mistkarren gefahren, wegen der „Nestbeschmutzung“ und so. Wieso, Österreich Mittäter? Also,

Täter und Opfer, das ist eine Sache für sich, da hat ja eh jeder einen anderen

Blick für. Und *die Wahrheit anderer kann einem nicht teuer sein, wenn sie der eigenen Unwahrheit entgegensteht.*

Oder,

wir haben gelernt, dass ihr das Volk unterdrückt habt. Du hast es auch gelernt!

In Subotica: ist die Franziskanerkirche geschlossen, die serbisch-orthodoxe nicht weiter auffällig, und die Synagoge ein großes verfallenes Etwas, das umgedeutet werden soll, darauf verweisen die davor aufgetürmten Ziegel, in ein Kulturzentrum, was wiederum erinnert an die Synagoge in Kecskemét, die heute „Haus der Technik“ heißt.

M.a.W.: Religion&Identität – die alten Fundamente bröckeln, *nichtsdestotrotz ist mein Ahne Miklós nicht aus irdischer Berechnung Katholik geworden.*

Des Weiteren, was man aus dem Bus halt so mitkriegt: alles sehr ländlich, landwirtschaftlich geprägt, Pferdewagen, Ochsenkarren, Straßenschilder nach Orom, Tresnjevac, ein alter Mann auf einem Traktor.

Wer kann, zieht hier weg, erzählt

mir eine ruthenische Verkäuferin in Subotica. Nach England oder Österreich. Hier gibt's nix, 90% Ungarn, hohe Arbeitslosigkeit, ständig wird wo eingebrochen. Mein Vater sagt, früher waren die Menschen auch arbeitslos, das war normal, fast alle waren arbeitslos, Tagelöhner, Feldarbeiter. *Nein, mein Sohn, wir sind nicht arm, wir leben nur in Armut. Einmal stahl unsere Mutter, sie stahl Kartoffeln, und sie wurde erwischt. Sie weinte.*

31. Mai 2012

In einem Klostergarten irgendwo in Serbien auf einem Ast sitzend und Exkursions- irrelevanten Themen nachhängend... plötzlich fängt eine Gruppe junger männlicher Besucher an, orthodoxe Gesänge anzustimmen, mit einer Inbrunst! Ich antworte mit einem Anflug ontologischer Wehmut... *die Steine sind das eine und diese innere Freiheit das andere.*

1. Juni 2012

Im Kloster in Vukovar (Kroatien) zeigt uns ein Priester einen (unzweifelhaft von irredentistischer Propaganda geprägten) Dokumentarfilm über die serbische Besetzung in Vukovar während des Jugoslawienkrieges... "um uns zu erinnern, nicht zu vergessen".

Die zeitgenössische Gedächtnisforschung spricht hierbei von Geschichtsvorstellungen als monolithischem <Kollektivsingular> (R. Koselleck) und als Kulturwissenschaftler hätte man die

„wichtige Aufgabe der reflektierenden Beobachtung und therapeutischen Begleitung sozialer und politischer Prozesse“ (A. Erll). Z.B. *war die Wiederangliederung Siebenbürgens an Ungarn eine der bevorzugten, aber niemals in Erfüllung gegangenen Ideen meines Vaters*, aber damals gab's noch keine kulturwissenschaftlichen Therapeuten.

Im Film: Bilder vom Oktober 1991, unterlegt mit Donauwalzer-Musik (Habsburg). „Wer wird Vukovar aus der Dunkelheit hinaustragen?“ Es heißt, zwischen 1991 und 1997 wurden 600.000 oder 6.000.000 Granaten auf Vukovar geschossen.

18. November 1991, Besetzung der Stadt nach mehr als 100 Tagen Belagerung. Brennbomben und angeblich auch Giftgase, Greueln an Gefangenen, 200

Patienten und Pflegepersonal getötet. Lied der Serben: es wird Fleisch geben, es wird Fleisch geben, wir töten die Kroaten. Massaker... *aufhängen, erschießen, in Stücke zerreißen, alles eine Frage der Einigung.*

Der Priester sagt: „Kai tötet Abel [Kurutzte tötet Labantze]. Die Geschichte wiederholt sich.“

Bei Vukovar trennt die Donau Kroatien von Serbien, was die Frage aufwirft, ob *so ein einheitlicher Bundesstaat, wie ihn bereits Lajos Kossuth als Donaukonföderation geplant hatte, funktioniert hätte?*

Zuletzt fahren wir durch die Region Syrmien, Richtung Ossijek.

Stellt die moderne Welt nicht eine Überforderung für den heutigen Menschen dar? Sind wir nicht immer irgendeiner Ideologie ausgeliefert? Ist nicht selbst die gepriesene Rationalität eine Ideologie?

Das heißt, wenn wir rationell spielen, werden wir alle verlieren, sowohl du wie auch ich, dabei könnten wir, wenn wir nach einer anderen Rationalität spielen würden, beide gewinnen, du genauso wie ich.

Und die Moral von der Geschichte, eine letzte Wahrheit gibt es nicht bzw. ist es *elend schwer zu lügen, wenn man die Wahrheit nicht kennt*, oder, Männer und Frauen verhalten sich wie Schafe in der eigenen Geschichte, oder, das allgegenwärtige Machtstreben suggeriert mir, dass die Welt permanent übertreten werden muss, oder, *der Mörtel der gemeinsamen Erinnerung ist der Tod, das sag ich dir, Dummerchen*, oder,

Habe die Ehre,
Wyl Kyria

Kursiv Geschriebenes bleibt dem Roman „Harmonia Caelestis“ von Peter Esterhazy herzlichst zu danken.

AUB-Studierende bei der EuroMUN 2012 in Maastricht

Im Mai 2012 hatten vier Studierende der Fakultät für Internationale Beziehungen die Möglichkeit, an der EuroMUN (European Model United Nations) in Maastricht teilzunehmen. EuroMUN ist die größte Simulation von Gremien der Vereinten Nationen sowie weiterer Internationaler Organisationen in Europa und wird seit 2008 von der Studierendenschaft der Universität Maastricht organisiert. Insgesamt nehmen jährlich über 500 Studierende aus allen Teilen der Welt an der EuroMUN teil und schlüpfen dabei in die Rolle von Delegierten,

Botschaftern und Regierungsvertretern, um aktuelle Probleme der Weltpolitik zu diskutieren und Lösungsansätze zu finden. 2012 war ein besonderes Jahr für der EuroMUN aufgrund des 20-jährigen Jubiläums des Vertrags von Maastricht. Um dieses, die Zukunft Europas weisende, Ereignis gebührend zu ehren, gab es neben der Simulation von UN, NATO und WTO auch eine Simulation der Verhandlungen, welche 1992 erfolgreich zum Abschluss des Vertrages von Maastricht führten. Am letzten Konferenztag konnte in den historischen Räumlichkeiten der

Vertrag ein zweites Mal unterzeichnet werden.

Dieses Jahr nahmen erstmals Studierende der Andrássy Universität Budapest an der EuroMUN teil und gehörten damit zu den wenigen mittel-/ osteuropäischen Hochschulen, die vor Ort vertreten waren. Entsprechend groß war das Interesse der anderen Teilnehmer an der Delegation aus Ungarn und viele erkundigten sich bezüglich der Studienmöglichkeiten an der AUB.

Aus dem Studiengang IEB repräsentierten Kim Sax Ungarn

und Daniel Tubik Bulgarien in DISEC (erstes Komitee der UN-Generalversammlung), aus dem Studiengang IB repräsentierten Ákos Tóth Polen (ebenfalls DISEC) sowie Verena Wanner Estland im Nordatlantischen Rat (höchstes Entscheidungskomitee der NATO). Dank eines im Februar von der AUB organisierten Kurses in Verhandlungsendgisch sowie einem Seminar zum Thema Verhandlungen in Internationalen Organisationen, welches von Herrn Dr. Krause gehalten wurde, waren alle optimal vorbereitet und konnten sich intensiv in das Geschehen einbringen. Aufgrund der großzügigen finanziellen Unterstützung der Magyar Villamos Művek Zrt. (MVM) konnten zudem die idealen Rahmenbedingungen mit Flug und Hotel geschaffen werden, wodurch die Delegation der AUB ausgeruht und hochmotiviert an der mehrtätigen Simulation teilnahm.

Neben den täglichen Verhandlungsrunden am Vor- und Nachmittag wurde den Teilnehmern der EuroMUN auch ein spannendes und vielseitiges Freizeitprogramm geboten, bei dem wir die Möglichkeit hatten, die Vertreter der anderen Hochschulen besser kennenzulernen und etwas über den Austragungsort zu erfahren. Eröffnet wurde die Konferenz mit spannenden Referaten von UN- und NATO-Vertretern sowie einem Sektempfang. An den weiteren Abenden gab es eine Stadtführung, eine Kneipentour sowie



Reges Treiben - EuroMUN 2012 in Maastricht

– als krönenden Abschluss am letzten Abend – einen Ball.

Die Teilnahme an der EuroMUN war für die Delegation der AUB ein unvergessliches Erlebnis. Wir bemerkten, dass wir unbewusst in den Verhandlungen vieles an der AUB Gelernte anwenden konnten. Zudem war es eine tolle Erfahrung, einmal zu testen, wie die Arbeit eines Diplomaten im Alltag aussehen kann. Aufgrund des internationalen Umfeldes konnte man schnell erkennen, wie unterschiedlich die Verhandlungstechniken in den verschiedenen Ländern sein können und es war ein großartiges Gefühl, nach 4 Verhandlungstagen mit vorher Fremden gemeinsame Lösungen

erarbeitet zu haben. Und natürlich knüpften wir neue Freundschaften, welche von Passau bis Pakistan reichen. Wir können unseren Kommilitonen eine Teilnahme an der EuroMUN oder einer anderen Simulation nur empfehlen und sind gerne bereit, bei Interesse unsere Erfahrungen weiterzugeben.

Die Delegierten der AUB, Kim Sax, Verena Wanner, Ákos Tóth und Daniel Tubik möchten sich bei der Universität herzlich für die Unterstützung bedanken. Ohne die Hilfe der Professorenschaft, aber auch der Verwaltung wäre die Reise nach Maastricht nicht möglich gewesen. Ebenso gilt unser Dank unserem Studierendenvorsitzenden Philipp Siegert sowie seinem Stellvertreter Jakov Devcic, die uns bei der Organisation von Studierendenseite eine große Stütze waren. Ganz besonders bedanken wir uns bei MVM, dank deren großzügiger Spende wir die optimalen Rahmenbedingungen für unseren Aufenthalt in Maastricht schaffen konnten. Die EuroMUN 2012 wird für uns ein unvergessliches Erlebnis bleiben.

Kim Sax, Verena Wanner, Ákos Tóth & Daniel Tubik



Delegation der AUB-Studierenden



Kurze Nachrichten

Partnerländer der AUB treffen sich in München

Am Mittwoch, dem 20. Juni 2012 fand das Partnerländertreffen im Rahmen einer Konferenz mit dem Titel „Andrássy Universität Budapest: Perspektiven der Wissenschaft im Donauraum und Möglichkeiten der Kooperation mit der Wirtschaft“ in München statt.

Zum jährlichen Partnerländertreffen der Andrássy Universität Budapest (AUB) lud 2012 die Bayerische Staatskanzlei in das Prinz-Carl-Palais ein. Der Freistaat Bayern ist neben Ungarn, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und Baden-Württemberg eines der Länder die im Jahre 2001 an der Gründung der AUB teilnahmen. Die VertreterInnen dieser Länder laden jährlich zu einer Konferenz ein, um sich auszutauschen, über Möglichkeiten dieser Kooperation zu diskutieren und die Entwicklung und weitere Ziele dieses multinationalen Projekts auszuwerten.

Die Konferenz 2012 war in zwei größere Einheiten geteilt: Im ersten Teil wurde die AUB einem breiten, am Donauraum interessierten Publikum vorgestellt, wobei der Schwerpunkt diesmal auf den wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten der AUB lag. Den eröffnenden Grußworten von der Gastgeberin Frau Ministerialdirektorin Dr. Gabriele Stauner, Amtschefin der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei und der Begrüßung von Herrn Dr. Gergely Pröhle, stellvertretender Staatssekretär für bilaterale EU-Beziehungen im Außenministerium von Ungarn folgend präsentierten Prof. Dr. András Masát, Rektor und Herr Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor der AUB die Universität. Diese Präsentationen wurden mit der Uraufführung des Imagefilmes der AUB eingeleitet (auch zu finden auf der Homepage der AUB), welcher mit Unterstützung der Bayerischen Staatskanzlei durchgeführt werden konnte. Die Versammelten



VertreterInnen der AUB und der Partnerländer der AUB vor der Bayerischen Staatskanzlei in München

begrüßten sehr beeindruckt dieses gut gelungene Projekt. Die AUB wurde danach aus dem Aspekt einer Absolventin der Universität dargestellt. Frau Rita Chiovini, Generalkonsulat von Ungarn in München, berichtete über ihre Erfahrungen an der AUB und welche Wege ihr ein AUB-Abschluss beim anschließenden Umstieg ins Berufsleben eröffnet hatte.

Zum wirtschaftlichen Schwerpunkt äußerten sich Frau Dr. Elisabeth Knab, Leiterin der Bildungs- und Wissenschaftskooperationen der Audi Hungaria Motor GmbH., und Frau Gabriele A. Brennauer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer. Der erste Teil der Konferenz wurde von Herrn Michael Hinterdobler, Ministerialrat der Bayerischen Staatskanzlei moderiert. Die anschließende Mittagspause bot Möglichkeit zum Austausch und zum gemeinsamen Weiterdenken der angesprochenen Themen.

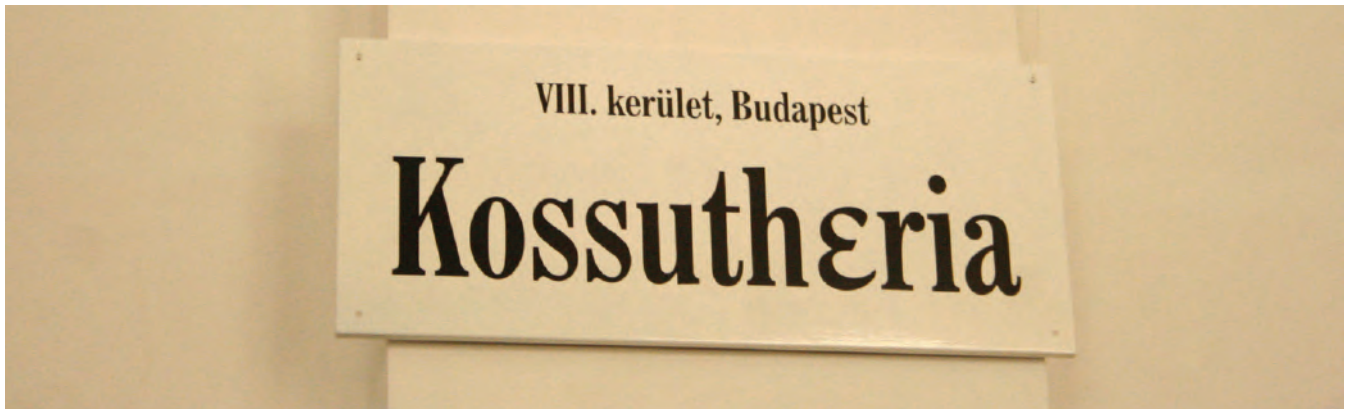
Im Mittelpunkt des zweiten Teils der Konferenz stand das Donau-Institut der AUB. Nach dem Vortrag von Herrn Dr. Wolfgang Streitenberger, Europäische Kommission, Generaldirektorin Regionalpolitik, Conseiller des Generaldirektors über „Die Europäische Strategie für den Donauraum“, stellte Frau Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des

Donau-Instituts der AUB den Stand und die Perspektiven ihres Institutes vor. Das Thema fortsetzend sprach Prof. Dr. Jürgen Jerger, Vertreter des Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa Regensburg und Prorektor der Internationalen Angelegenheiten der Universität Regensburg über Donaukooperationen und Projekte.

Der Kaffeepause folgend hielt Herr Lubomír Faltan, stellvertretender Vorgesetzter der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Bratislava einen Englischsprachigen Vortrag zum Thema „Entwicklung der Wissensgesellschaft durch Forschung, Bildung und Informationstechnologien“. Frau Mag. Dr. Susan Milford, Geschäftsführerin des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa in Wien schloss die Vortragsreihe mit ihren Gedanken zu den möglichen Netzwerken und Kooperationen.

Nach den Fragen und Beiträgen des zahlreichen Publikums beendete Frau Dr. Gabriele Stauner die vielfältige und gedankenreichen Konferenz mit einer Zusammenfassung des ganzen Tages, bedankte sich herzlich bei den Vortragenden, sprach sich für eine langfristige Unterstützung der Partnerländer aus und wünschte allen eine erfolgreiche und gute Zusammenarbeit.

Offene Türen im Zeichen von Kunst, Kulinarium und Politik



Am Dienstag, dem 15. Mai 2012, lud die Andrásy Universität Budapest (AUB) Studierende und Studieninteressierte zum Tag der offenen Tür ein. Das Programm war umfassend und eine große Anzahl an Interessenten besuchte die Universität.

Ab neun Uhr durfte man sich den Informationsgesprächen mit den Studierenden der AUB anschließen. Nahezu zeitgleich hielt Prof. Dr. Sabine Kropp, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, einen Gastvortrag zu der Frage der „Vereinbarkeit von kooperativem Föderalismus und Volksgesetzgebung – was lehrt uns ‚Stuttgart 21‘?“ im Andrásy Saal.

Besonders interessant und zudem eine Möglichkeit für die noch nicht „AUBler“ waren die Probeaufnahmepfungen, die ab 10 Uhr stattfanden. Hierbei konnte man ganz unverbindlich eine hypothetische Prüfung durchlaufen. Die Anmeldungen waren schmeichelnd und der Raum so überfüllt, dass kein Platz mehr frei blieb.

Ein weiteres Highlight war die Einweihung der Kossutheria und die Vernissage zum Titel „Identity_

ReadyMade“. Tillmann Hanna, Ruszty László und Hajdu Zsolt von der Universität der Bildenden Künste Budapest, trugen mit ihren Werken zu der Verschönerung der Cafeteria bei. Anschließend wurden Palacsinta bei Patrick's Kochshow verteilt, wobei der AUB-Doktorand der Frage nachging, inwiefern unsere Ernährungsgewohnheiten kulturell und sozial konstruiert sind.

Einen Workshop zur Medienarbeit wurde an der AUB ebenfalls angeboten. Dafür lud das Österreichische Kulturforum Jan Mainka, den Chefredakteur der Budapester Zeitung

(BZ) ein, welcher über die Lage der BZ und der ungarischen Presselandschaft referierte und dabei vor allem den Mangel an investigativem Journalismus hervorhob.

Den ganzen Tag konnte an offenen Lehrveranstaltungen teilgenommen werden. Weiterhin standen viele Studierende für Auskunft bereit und konnten kompetent über das Studium an der AUB informieren.

osztrák kulturális fórum^{bud}



Vernissage „Identity_ReadyMade?“



Interessierte Studierende informieren sich über die AUB



Patrick Jajko, Studierender im Ph.D-Programm während seiner Kochshow mit den politisch verdächtigen Palatschinken



Jan Mainka, Chefredakteur der BZ beim Workshop zur Medienarbeit

Universität

Markus Löning, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung an der AUB

Drei Tage lang, vom 16. bis zum 18. Januar, war Herr Markus Löning, der Beauftragte für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung, in der ungarischen Hauptstadt zu Gast. Auf seinem dicht gedrängten Programm standen Gespräche mit Staatssekretär Zsolt Németh, Regierungs- und Oppositionspolitikern und Vertretern der Zivilgesellschaft. Löning fand dennoch Zeit, um sich mit Studenten der deutschsprachigen Andrassy Universität Budapest (AUB) zu unterhalten.

Warum ist er gerade jetzt in Ungarn? – ist die erste Frage. „Das ist gar nicht außergewöhnlich“, versichert Löning, seine Arbeit bestehe größtenteils aus Reisen, er komme gerade aus Frankreich und reise nach Italien weiter. Es sei jedoch nicht zu leugnen, dass Deutschland den Vorgängen in Ungarn viel Aufmerksamkeit schenke. Löning begründet dies mit einer historischen Sympathie: „Die Deutschen lieben die Ungarn, ebendeshalb fragen sie, was denn hier los sei“. Nun, was ist denn los hier? Wie bewertet der Menschenrechtsbeauftragte die Situation in Ungarn? Im Land herrschte vor der Wahl 2010 Reformbedarf und viele der Maßnahmen der Regierung waren nötig. Viele Gesetze sind für sich betrachtet auch völlig unproblematisch, doch – hier wird Löning metaphorisch – wenn man einen Nagel aus einem Holzhaus zieht, mag das unbedenklich sein, wenn man jedoch alle entfernt... Aus der Gesamtheit der Maßnahmen lasse sich der Eindruck gewinnen, dass die Regierungskoalition ihre Macht einbetonieren möchte. Die zwei problematischsten Punkte der Gesetzesänderungen sind Löning zufolge die gefährdete Unabhängigkeit der Justiz, die von jeder noch so starken demokratischen Mehrheit geschützt werden sollte und die Notwendigkeit der freien Debatte in den Medien. Als FDP-Politiker ist er daran gewöhnt, sich Einiges von den Medien anzuhören, doch müsse man so etwas mit einem „demokratischem Geist“ auffassen, es gehört eben dazu. Zu diesen zwei



Markus Löning spricht vor Studierenden im Andrassy Saal

und zu vielen anderen Themen habe es in den letzten eineinhalb Jahren zahlreiche Gespräche mit der ungarischen Regierung gegeben. Es sei mehrfach auf mögliche Probleme und versteckte Konsequenzen hingewiesen worden, die Mahnungen seien jedoch größtenteils unbeachtet geblieben. Dies habe zur jetzigen Situation geführt, zu der offenen, teils harschen Resonanz – wobei man hier Pressestimmen von Regierungsmeinungen unterscheiden sollte, sagt Löning. Was jedoch anderen EU-Ländern gegenüber unfair ist, ist, sie nun als Feinde darzustellen, so der deutsche Menschenrechtsbeauftragte. Ihm sei, das bestätigt er auf Nachfrage, die emotional geladene Rhetorik in Ungarn nicht entgangen. Angesichts der stark polarisierten politischen Landschaft sei ein Diskurs zwischen den politischen Lagern schier unmöglich. Es sei schwierig, in Ungarn einen Konsens über Grundwerte zu erlangen, um darauf eine sachliche Debatte aufzubauen. Die kommunistische Vergangenheit bestimme noch immer den alltäglichen Diskurs. Auch das in Ungarn übliche offene Aussprechen antisemitischer Gedanken sei in Deutschland heute undenkbar. Driften Ungarn weg von der Demokratie? Die Situation sei kompliziert, aber, das sagt Löning mit Überzeugung, „Ungarn ist klar ein demokratisches Land mit einer demokratischen Regierung“. Man kann versuchen, historisch zu erklären, warum Demokratie hier kein so großes Ansehen genießt wie in Deutschland. In

Ungarn sei die Wende zur Demokratie nicht wie in Deutschland nach dem Krieg mit einem Wirtschaftswunder einhergegangen. Hier sei es kein Gemeinplatz gewesen, dass es den Kindern besser gehen wird als den Erwachsenen. Ungarn habe nach 1990 seine wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht wahrgenommen. Wäre dies die Grundlage zur Konsolidierung der Demokratie gewesen? Klar ist: Ungarn müsse wirtschaftlich auf die Beine kommen und seine Zukunft in die eigenen Hände nehmen. Die Rhetorik, die das Umfeld als feindlich darstellt, sollte eigentlich nicht ziehen. Sie scheint es aber dennoch zu tun. Die Regierung zeigt mit dem Finger auf das Ausland, die Opposition wiederum beklagt die Wahlgesetze und die zersprengte Parteienlandschaft. Ja, sagt Löning, Wahlgesetze seien immer mehr oder weniger manipulativ und Parteienlandschaften veränderten sich schneller als man denkt. Es müsse nur Menschen geben, die ihr Schicksal in die Hand nehmen. Polen sei in dieser Hinsicht ein guter Anhaltspunkt. Die ehemals kommunistischen Staaten der Region könnten untereinander viel lernen. Der deutsche Menschenrechtsbeauftragte sei nicht in Ungarn, um über irgendjemanden den Stab zu brechen – es gehe darum, die in Jahrzehnten hart erkämpften „Menschenrechte untereinander hochzuhalten“.

Katalin Györy

Prof. Paqué und der Abschied von den Illusionen

Der Einladung des Rektors der Andrásy Universität Budapest (AUB), Prof. Dr. András Masát folgend, versammelten sich am frühen Nachmittag des 28. März 2012 Politologen/-innen, Ökonomen, Wirtschaftswissenschaftler/-innen, Dozent/-innen, Studierende, Alumni und weitere zahlreiche Interessenten zum Vortrag von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué. Paqué beendete seine politische Tätigkeit als Finanzminister in Sachsen-Anhalt vor einigen Jahren, widmete sich erneut der Wissenschaft und ist zurzeit Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft. Wie aus der Begrüßung des Rektors hervorging, ehrte Paqué bereits zum zweiten Mal die Universität mit einem Vortrag, zuletzt zur Konferenz, welche zum 10-jährigen Gründungsjubiläum der Universität veranstaltet wurde. Paqué versicherte, dass er auch diesmal und in der Zukunft gern Einladungen der Universität zum wissenschaftlichen

Austausch wahrnimmt. Er hielt seinen Vortrag zum Thema „Abschied von Illusionen: Europas langer Weg zu einer neuen Kohäsionspolitik“ und begann mit einem Überblick der Illusionen der Vergangenheit des sich entwickelnden Europas, welche ursprünglich auf ein ausgeglichenes Wachstum der einzelnen Nation zielten. Dabei schilderte er den Status quo des Prozesses des wirtschaftlichen Zusammenwachsens Europas seit 1990 und schlug den Bogen zum Ende mit den politischen Konsequenzen dieser Ereignisse. Paqué betonte den eher pessimistischen Ausblick auf das Schicksal der EU, falls diese keine neuen Konzepte zu einer Struktur entwickelt, welche das Problem des dauerhaften ökonomischen Ungleichgewichts der Nationen innerhalb der EU lösen kann. Die rhetorisch hervorragend übertragenen Gedanken von Prof. Paqué regten einen intensiven Meinungsaustausch der Anwesenden an.



Prof. Dr. Paqué über die Illusionen Europas bei seinem Vortrag an der AUB

Verleihung der Großen Andrásy-Medaille an Frau Dr. Kornfeind

Der Rektor der Andrásy Universität Budapest (AUB), Prof. Dr. András Masát lud zur feierlichen Verleihung der Großen Andrásy-Medaille an Frau Dr. Elisabeth Kornfeind, Direktorin des Österreichischen Kulturforums Budapest am Donnerstagabend, den 17. Mai 2012 ein.

Prof. Masát würdigte in der Laudatio Frau Dr. Kornfeinds vielfältige Tätigkeit und vor allem ihre Verbundenheit mit der AUB und hob einige Meilensteine ihrer Laufbahn hervor. Von 2008 bis 2012 bereicherte Frau Elisabeth Kornfeind mit ihrer Tätigkeit als Direktorin das Österreichische Kulturforum (ÖKF). In ihrer Amtszeit veranstaltete das Österreichische Kulturforum über 140 Projekte im Jahr an unterschiedlichen Veranstaltungsorten, wie z.B. klassische und zeitgenössische Konzerte im Musiksalon, Konzertreihen auf dem Kulturschiff A38, sowie Kinowochen, Ausstellungen oder Konferenzen im Gebäude des institutionellen

Forums in der Bencúr utca. Zu Beginn des Jahres 2010 erfolgte dank ihrer Unterstützung, der Umzug der Sammlung des Österreichischen Kulturforums in die Räume der AUB. Die Universitätsbibliothek betreut diese Sammlung fachlich und wissenschaftlich nun als Dauerleihgabe der Republik Österreich, wo unter anderem auch regionsbezogene Publikationen sowie Fachbücher vorgestellt oder Buchklubs, Lesungen oder Buchpräsentationen veranstaltet werden. Mit der Hilfe von Frau Kornfeind konnte die AUB nicht nur die Büchersammlung erweitern, sondern sich auch als eine deutschsprachige internationale Kulturbegegnungsstätte entwickeln sowie gleichzeitig das internationale wissenschaftliche Leben anregen. Die Universität hatte die Gelegenheit in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturforum zahlreiche wissenschaftliche Konferenzen und Gastvorträge zu organisieren. Prof. Masát bedankte sich herzlich im Namen der AUB bei



Prof. Dr. András Masát, Rektor AUB überreicht die Große Andrásy-Medaille an Dr. Elisabeth Kornfeind, ehem. Direktorin ÖKF Budapest

Frau Dr. Kornfeind und verlieh ihr, in Anerkennung ihrer Verdienste um die Andrásy Universität Budapest, die Große Andrásy-Medaille. Im Anschluss an die Verleihung hielt Frau Dr. Kornfeind einen Vortrag zum Thema „Die Andrásy Universität Budapest – ein außenpolitisches Bewusstsein in der Region Mitteleuropa?“.

Besuch aus Speyer

In der zweiten Maiwoche 2012 begrüßte die Andrassy Universität Budapest (AUB), im Rahmen der Erasmus-Kooperation mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Dr. Laure Ognois, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes und Prof. Dr. Sabine Kropp, Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft.

Während ihres Aufenthalts an der AUB besuchten beide Gäste mehrere Referate der Andrassy Universität und tauschten Erfahrungen und Ideen mit den Mitarbeitern der AUB aus. Diese Gespräche bereicherten alle Beteiligten mit neuen Impulsen und Ideen.

Prof. Dr. Kropp war in diesem Zuge zwei Wochen an der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften an der AUB tätig. Am Tag der offenen Tür der AUB hielt sie einen Vortrag zum Thema „Vereinbarkeit von kooperativem Föderalismus und Volksgesetzgebung - was lehrt uns ‚Stuttgart 21‘?“, in welchem sie sich mit den Schnittstellen



Prof. Dr. Sabine Kropp, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

zwischen repräsentativer und direkter Demokratie, zwischen Föderalismus und Bürgerentscheid befasste. Das Beispiel Stuttgart 21 machte deutlich, dass dieser Themenkomplex zahlreiche Problemkonstellationen beinhaltet. Insbesondere die deutsche Besonderheit des kooperativen Föderalismus, in dem die verschiedenen Entscheidungsebenen in mehreren Strängen miteinander verwoben sind, macht den Einsatz plebiszitärer Methoden schwierig. Nimmt man die Europäische Union als weitere Ebene hinzu, werden

Entscheidungsprozesse noch komplexer. Finanzierungsvereinbarungen über die Ebenen hinweg sind kaum noch machbar, wenn ein schwer zu definierendes „relevantes“ Teilvolk – hier die Baden-Württemberger – fast schon ad hoc über Projekte entscheiden, die den Ludwigshafener, Münchner oder Budapester ebenfalls betreffen und die dabei über Jahre gestreckte Verwaltungsverfahren und parlament-arische Prozesse aushebeln. Wenn man ein Fazit ziehen möchte: Kooperativer Föderalismus auf der Basis repräsentativer Mehrebenen-demokratie und direktdemokratische Elemente erfordern, sollen sie verbunden werden, ein gerüttelt Maß an Kreativität der Politik und der Verwaltung, sollen sie sich nicht gegenseitig kannibalisieren.

Die AUB verabschiedet sich von den beiden Gästen in der Hoffnung, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen auch in Zukunft verstärkt ausgebaut wird.

Fakultäten

Fakultät IB

Prof. Kerber über das Urheberrecht in Europa

Am Mittwochabend, den 22. Februar 2012 versammelten sich zahlreiche Interessenten im Spiegelsaal der Andrassy Univesität Budapest (AUB) zu dem Vortrag in der Konrad-Adenauer-Vorlesungsreihe von Herrn Prof. Dr. Wolfgang Kerber. Die Veranstaltung wurde in enger Kooperation der Konrad-Adenauer-Stiftung und der AUB organisiert. Herr Professor Kerber, Lehrstuhl Wirtschaftspolitik an der Philipps-Universität Marburg und Gastprofessor der AUB sprach zum Thema „Innovation, Wettbewerb und das Recht des geistigen Eigentums in Europa“ und regte mit seinem Vortrag eine rege Diskussion über das Urheberrecht an. Der Vortrag sowie die anschließende Diskussion wurden deutsch-ungarisch simultanübersetzt.



v.l.n.r. Hans Kaiser, Minister a.D., Leiter des Auslandsbüro Budapest der Konrad-Adenauer-Stiftung; Prof. Dr. Martina Eckardt, AUB; Prof. Dr. Wolfgang Kerber, Philipps-Universität Marburg

Panel Discussion „Hungary’s New System of Direct Democracy“

Am 09.03.2012 lud die Fakultät für Internationale Beziehungen (IB) und die Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (VSR) der Andrassy Universität Budapest (AUB) in Zusammenarbeit mit der Pázmány Péter Katholische Universität Budapest zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Hungary’s New System of Direct Democracy: International and National Perspectives“. An der in englischer Sprache gehaltenen Diskussion nahmen Krisztina Arató (Ungarisches Institut für Politikwissenschaft), Benedek Jávör (LMP), Prof. Dr. Theo Schiller (Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie Marburg) und József Szájer (Fidesz, Europäisches Parlament) teil.



Podium - v.l.n.r. József Szájer (Fidesz, Europäisches Parlament), Krisztina Arató (Ungarisches Institut für Politikwissenschaft), Benedek Jávör (LMP), Prof. Dr. Theo Schiller (Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie Marburg)



Vertreterin des IWF in Ungarn zur Podiumsdiskussion an der AUB

Am Dienstag, den 27.03.2012 fanden sich kurz nach der Mittagsstunde im Andrassy Saal der Andrassy Universität Budapest (AUB) Vertreter/-innen von Wissenschaft und Presse zusammen, um über die finanzielle Situation Ungarns sowie die daraus erwachsenden Aufgaben für die kurzfristige Fiskalpolitik zu debattieren. Das englischsprachige Podium wurde in Kooperation von der AUB und der Deutschen Botschaft Budapest organisiert und von Prof. Dr. Martina Eckardt, Professorin der Volkswirtschaft an der AUB, moderiert. Hauptgast war die Vertreterin des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Budapest, Frau Iryna Ivaschenko, welche neben Herrn Prof. Dr. Miklós Losoncz, Fakultät Wirtschaft, Budapester Universität für Technik und Wirtschaft, und Herrn András



v.l.n.r. Iryna Ivaschenko, Leiterin der Repräsentanz des Internationalen Währungsfonds (IMF) in Ungarn; Prof. Dr. Martina Eckardt, AUB

Kozma, Commerzbank Budapest, das Podium bildete. Ebenso stellten, neben vielen interessierten Studierenden, von journalistischer Seite Vertreter/-

innen von MTI, Népszabadság, Világgazdaság, Alfa Press, Magyar Nemzet, FAZ und Budapester Zeitung ihre Fragen an das Podium.

Dr. Samuels über innovative Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschule und Wirtschaft

Dr. Uve Samuels, Vizepräsident und Geschäftsführer der Hamburg School of Business Administration (HSBA) besuchte die Andrassy Universität Budapest (AUB) am 10. April 2012 und war herzlich eingeladen, die HSBA den

Studierenden der AUB vorzustellen, um die Partnerschaft zwischen der HSBA und der AUB als Partnerhochschulen weiter zu vertiefen. Zu Beginn seines Vortrags erklärte Dr. Samuels die große Bedeutung und den wirtschaftlichen Standort der Hansestadt Hamburg. Die Gründung der HSBA basierte auf der dringlichen Notwendigkeit, qualifizierte Nachwuchskräfte im

Bereich der Wirtschaft auszubilden, denn bis zum Jahr 2004, so Samuels, bot die Hansestadt Hamburg keine adequate Leadershipausbildung im Bereich der Wirtschaft an. Weiter erklärte Dr. Samuels das Konzept der im Jahr 2004 privat gegründeten Universität, wobei die Handelskammer Hamburg federführend mitwirkte.

Generalsekretärin der Münchner Sicherheitskonferenz an der AUB

Am 23. April 2012 hielt Frau Antje Lein-Struck, Generalsekretärin der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), einen spannenden Vortrag an der Andrassy Universität Budapest (AUB) zum Thema „Schwerpunktverlagung in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik aus der Sicht der Münchener Sicherheitskonferenz“.

Frau Lein-Struck referierte, dass die Münchner Sicherheitskonferenz 1963 von Ewald von Kleist gegründet wurde, der seine Bekannte aus den USA zu einer Faschingsfeier nach München eingeladen hatte und in diesem Rahmen die Möglichkeit zum direkten Austausch über die Verteidigung, den Wiederaufbau der Bundeswehr und andere sicherheitspolitische Themen schaffen wollte. Ursprünglich fand die Konferenz in kleinem Rahmen statt und alle Besprechungen wurden vertraulich abgehalten – obwohl auch Journalisten und andere Experten teilnahmen.

Ab 1992/1993 wurden auch Vertreter aus dem ehemaligen Ostblock eingeladen und somit diente die Konferenz nicht mehr nur zwischen den NATO-Staaten als Diskussionsplattform. Ab 1998 übernahm Professor Teltschik die Organisation der Konferenz. Unter ihm (bis 2008) fand eine zunehmende



Antje Lein-Struck, Generalsekretärin der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC)

Internationalisierung der Teilnehmer statt. Ab 2008 veranstaltet Professor Ischinger die Konferenzen und die Themen sind inzwischen global geworden. Damit hat die Konferenz auf die Veränderung der internationalen Politik / der internationalen Beziehungen reagiert und diskutiert auch zunehmend Themen, die streng genommen nicht zur Sicherheitspolitik gehören.

Auch die Gäste haben sich verändert. Heute werden – neben Außen- und Verteidigungsministern, Präsidenten oder Premierministern – internationale Organisationen, NGOs, Banken und transnationale Unternehmen eingeladen.

Zu den neuen Themen, die diskutiert werden, gehört zum Beispiel die Wirtschaftskrise, der arabische Frühling, Sicherheit im Cyberspace, globale Ressourcenverteilung, Wasser-

zugang oder Migration. Diese Vielfalt lässt sich grob in drei Oberthemen einteilen. Die sicherheitspolitischen Themen, die regionalen Themen und die Matrixthemen, die zwar ein Bezug zu Sicherheit haben, aber nicht zum Kernbereich der Sicherheitspolitik gehören. In allen Bereichen wird auch darüber diskutiert, was die zukünftigen Probleme sein könnten.

Die Konferenz bietet eine einzigartige Möglichkeit bilaterale Treffen auf der obersten Ebene abzuhalten – oft auch ohne Formalitäten. In den letzten Jahren gab es etwa 4.500 Teilnehmer aus aller Welt und es gibt Bestrebungen zunehmend Jugendliche einzuladen, neue Regionen einzubinden und neue Themen sowie neue Experten einzuholen. So sind die Initiativen Munich Young Leaders, CEO-Treffen und Core Group Meeting entstanden. Sie haben das Ziel neue Leute und neue Ideen einzubinden.

Der Vorteil der Münchner Sicherheitskonferenz ist, dass sie unabhängiggestaltet wird und deswegen ihre Gäste ohne Begrenzungen einladen kann. Sie ist die private Veranstaltung des Vorsitzenden. So wird auch kein Abschlusskommuniqué veröffentlicht, was die Diskussion erheblich erleichtert.

Ákos Tóth

Neue Arbeitsplätze in Ungarn – Podiumsdiskussion

Die Diskussionsrunde am 24.4.2012 im Spiegelsaal der Andrassy Universität Budapest (AUB), zu dem Thema „Neue Arbeitsplätze in Ungarn – Zielvorstellungen der aktuellen Arbeitsmarktpolitik“, wurde organisiert von der AUB in Kooperation mit der Deutschen Botschaft Budapest. Geleitet wurde diese von Herrn Prof. Dr. Okruch. Die geladenen Gäste waren Uwe Koch, Wirtschaftsreferent der Deutschen Botschaft, Dirk Wölfer, Kommunikationsleiter der Deutsch-Ungarischen-Industrie und Handelskammer, sowie Antal Oláh, Geschäftsführer der Knorr-Bremse Hungaria Kft.

Beginnend mit dem Wirtschaftsstandort Ungarn, in Bezug auf die Attraktivität für die Ansiedlung

der Deutschen Unternehmen, hob besonders Herr Koch die folgenden Punkte hervor:

Die bedeutendsten Anreize für Deutsche Niederlassungen in Ungarn sind nicht die günstigeren Produktionskosten, auf Grund niedrigerer Löhne oder Steuern, sondern ganz eindeutig die hohe Qualität der Arbeit. Unternehmen können in Ungarn Deutsche Standards zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren und anbieten. Herrn Oláh nach, fände man in hierzulande eine gesunde Mischung aus deutscher Disziplin und ungarischer Motivation vor. Bemerkung finden in der Diskussion die Unternehmen Audi, Siemens und Mercedes, die viele Arbeitsplätze im Land schafften. Die Produktion ist jedoch nicht auf Ungarn ausgerichtet, sondern für den Weltmarkt, sie sind also Export orientiert. Diese Unternehmen sehen ein, dass Ungarn



Uwe Koch, Wirtschaftsreferent der Deutschen Botschaft Budapest

in finanziellen Nöten ist und sind bereit für eine funktionierende Infrastruktur entsprechende Steuern zu zahlen. Die größte Problematik ist die fehlende Rechtssicherheit. Ein schneller Wandel der Rahmenbedingungen macht eine langjährige Planung schwierig.

Um diese Qualität der Arbeit zu halten, ist es enorm wichtig dass gut ausgebildete junge Arbeitskräfte nachkommen und den Unternehmen zur Verfügung stehen. Herr Oláh sieht das ungarische Schulsystem in der Pflicht, wenn es um die Qualifikationen der Arbeitnehmer geht. Die gute Ausbildung gehöre zur Grundausrüstung eines Bewerbers. Er bemängelt allerdings, dass in hochkonjunkturellen Zeiten qualifizierte Arbeitnehmer fehlen und das Unternehmen diese ca. 3-4 Monate lang selbst weiterbilden müsse.

Besonders an Ingenieuren mangle es. Aus dem Publikum kam die Frage hervor, ob die finanzielle Unterstützung von Technischen Studiengängen begrüßt wird, oder ob damit die Chancengleichheit und eventuell auch die Qualität der Technischen Studenten verloren ginge. Die Reaktionen hierauf waren gemischt. Seitens des Knorr-Bremse Geschäftsführers wurde deutlich gemacht, dass er für sein Unternehmen Ingenieure benötigt und Schwierigkeiten habe, diese zu finden. Ökonomen gebe es jedoch genug. Auf der anderen Seite warf Herr Koch ein, dass es viele Bereiche gibt, in denen Ingenieurs Kenntnisse nicht gebraucht werden, sondern die Kreativität der Arbeiter von größerer Bedeutung sei. Als Beispiel nannte er hier das Unternehmen Google, in dem IT-Kenntnisse nur bei einem kleinen Anteil der Mitarbeiter vorhanden seien. Viel wichtiger sei die Kreativität.



v.l.n.r. Antal Oláh, Geschäftsführer Knorr-Bremse Kft.; Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor AUB

Zu dem Thema der frühzeitigen Arbeitnehmerbindung, wurden Kooperationen wie zum Beispiel von Audi und Universitäten genannt. Auch Herr Oláh unterstützt bei Knorr-Bremse den frühzeitigen Kontakt mit Studenten. Praktikanten wird angeboten ihre Masterarbeit für das Unternehmen zu schreiben. Herrn Oláh nach, sind die Zeiten, dass qualifizierte Arbeitnehmer von selbst zu dem Unternehmen kommen, vorbei. Die Betriebe müssen um Arbeitskräfte werben und früh auf diese zugehen. Die Gefahr der hohen Abwanderung qualifizierter junger Arbeiter fürchtet Herr Oláh allerdings nicht. Seiner Ansicht nach kommen diese spätestens dann wieder in die Heimat, wenn es dort einen lukrativen Arbeitsplatz für sie gibt. So verlief schließlich auch sein Werdegang, mit Zwischenstation in Deutschland. Der Zeitpunkt der Rückkehr sollte nur nicht erst im Rentenalter sein.

Abschließend wurde die Diskussion auf die geplanten 1.000.000 neuen

Arbeitsplätze in Ungarn gelenkt. Diese Zahl wirkt zunächst für manche utopisch, doch in Betracht der Vergangenheit in Deutschland, als Schröder die Zahl der Arbeitslosen von ca. 5.000.000 halbierte, sank die Skepsis ein wenig. Im Unterschied zu Deutschland werden Teilzeitarbeitskräfte als arbeitslos angesehen, dies erklärt einen Teil des großen Beschäftigungsunterschiedes. Weiterhin müsse man die Schwarzarbeit betrachten und gleichzeitig regulieren. Mindestlöhne in Ungarn einzuführen hält Herr Oláh für falsch, er bevorzugt eine Preisbildung durch die Wirtschaft. Dank unserer Gäste Herrn Oláh, Herrn Koch und Herrn Wölfer, konnte eine sehr interessante und informative Veranstaltung, welche auch von der ungarischen Presse verfolgt wurde, an der Andrássy Universität stattfinden.

Georg Schacht, Ramon Canel & Azra Avdagic

Ehemaliger Botschafter Shimon Stein über die Beziehungen zwischen Israel und Europa

Der israelische Botschafter a. D. Shimon Stein erwies am Mittwoch, den 25. April 2012 der Andrássy Universität Budapest (AUB) die Ehre und stattete uns einen Besuch ab.

Bevor Herr Shimon Stein ab 2001 für sechs Jahre das Amt des israelischen Botschafters in Deutschland ausführte, war er im Auswärtigen Amt als

stellvertretender Generaldirektor der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und von Ost- und Mitteleuropa tätig. Er besetzte weitere Posten im Auswärtigen Amt in Washington, Deutschland und Israel. Herr Shimon Stein ist internationaler Berater und publiziert regelmäßig Artikel in der deutschen Presse in ausländischen und Sicherheitsthemen. Am Nachmittag lud der Rektor der Andrássy Universität und die Fakultät für Internationale Beziehungen zum Vortrag von Herrn

Shimon Stein ein, zum Thema: „Beziehungen zwischen Israel und Europa“. Anschließend an den Vortrag fand eine Diskussion mit den Anwesenden und Studierenden statt.

Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt referierte über die deutsche Sicherheitspolitik

Christian Schmidt (MdB), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung besuchte am 3. Mai 2012 die Andrássy

Universität Budapest (AUB) und hielt einen Vortrag zum Thema „Deutsche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von nationalen Interessen, internationaler Verantwortung und Haushaltszwängen“. Dabei ging er auf die Neuorientierung der Außenpolitik und die Bestimmung kommender

Konflikte, zum Beispiel um die Wasserressourcen, ein. Zu Gast war auch der deutsche Botschafter in Budapest, Dr. Matei I. Hoffmann. Vor seinem Vortrag führte Schmidt informelle Gespräche mit dem Rektor der AUB, Prof. Dr. András Masát.

Dr. Robert Diethelm über Friedensförderung und Nation Building

Im Rahmen des Angebots der Fakultät für Internationale Beziehungen an Veranstaltungen zu aktuellen Themen aus Politik und Wirtschaft, konnten Studierende und Professoren der Andrássy Universität Budapest (AUB) am Montag den 07. Mai 2012 auch an einem äußerst interessanten Vortrag des Schweizer Militärdepartments Dr. Roland Diethelm zum Thema „Friedensförderung und Nation Building - Stand und Perspektiven“ teilnehmen. Dr. Diethelm erläuterte allen Anwesenden als Einführung die Unterschiede zwischen den beiden Begriffen Friedensförderung und Nation Building, hob aber gleichzeitig auch hervor, dass beide Prozesse meist zeitgleich ablaufen und zudem miteinander verflochten sind. Außerdem betonte er die enorme Bedeutung, die diese Aktivitäten

in Zeiten der Globalisierung und vor dem Hintergrund wachsender Interdependenz haben. Besonders interessant war dabei vor allen Dingen die Einschätzung von Dr. Diethelm bezüglich der bisherigen Missionen in Afghanistan, im Kosovo oder Bosnien und Herzegowina, welche er als Beispiele anführte in denen zwar Fehler gemacht wurden, aus denen man aber wichtige Lehren für die Zukunft ziehen kann. Andererseits wurde aber auch anhand positiver Beispiele aufgezeigt, das friedensfördernde und Nation Building-Maßnahmen durchaus auch von Erfolg gekrönt sein können.

Thematisiert wurde, im Laufe des Vortrages und der anschließenden Diskussion, auch der schweizerische Standpunkt sowie ihre Rolle im Nation Building-Prozess. Als besondere Stärken der Schweiz in diesem Zusammenhang sieht Dr. Diethelm die Fähigkeit mit den betroffenen Parteien zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten, gemeinsame

Konzepte zu entwickeln und zu implementieren anstatt ihnen etwas aufzudrängen. Auch die Anwendung eines ausdrücklichen step-by-step-approaches sieht er als vorteilhaft und am meisten erfolgversprechend. Kritisch beurteilte er hingegen die Tatsache, dass in der Europäischen Union vermehrt in Brüssel Entscheidungen getroffen werden, ohne vorher Experten oder Fachkundige zu Rate gezogen zu haben. Jedoch betonte er trotzdem mit Nachdruck die Verbundenheit der Schweiz mit dem westeuropäischen Wertesystem und dementsprechend auch dem EU-Kurs in Sachen Friedensförderung und Nation Building.

Im Anschluss an seinen Vortrag, stand Herr Diethelm noch für eine Fragerunde zur Verfügung und diskutierte danach mit allen Anwesenden die von ihm angesprochenen Punkte.

Azra Avdagić

Europa in der Krise – Ehemaliger Chefvolkswirt der EZB an der AUB

Am 8. Mai 2012 hielt Herr Prof. Dr. Jürgen Stark, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB) an der Andrássy Universität Budapest (AUB), einen Vortrag zum Thema „Europa in der Krise - Lehren und Perspektiven“. Der angesehene deutsche Ökonom hob in seinem Vortrag mehrmals hervor, dass es bei der Suche nach richtigen Antworten und Lösungen noch viele Fragezeichen gibt.

Er begann seine Ausführungen mit einer Skizzierung des Problems, dass die Unabhängigkeit der EZB seit Ausbruch der Finanzkrise untergraben wurde. Um die Märkte zu beruhigen, hat die EZB Staatsanleihen angeschlagener Mitgliedsstaaten gekauft. Herr Stark wies darauf hin, dass im Maastricht-Vertrag und im Statut der EZB nie

vorgesehen war, dass die EZB die Regierungen der Mitgliedstaaten finanziert. Er führt anschließend aus, warum die Unabhängigkeit der EZB wichtig ist. Es gibt zwei Prinzipien, nach welchen eine Zentralbank handeln kann. Entweder es herrscht das Prinzip der Fiskaldominanz, unter welchem die Zentralbank der Haushaltspolitik untergeordnet wird, oder das Prinzip der monetären Dominanz mit dem Primat der Geldpolitik. Seit dem Verfall des Bretton-Woods-System und der daraus resultierenden Einführung des Papiergeldsystems wurde die Wahrung der Preisstabilität das höchste Ziel der Zentralbank, da diese der einzige Anker im gegenwärtigen Geldsystem ist. Im Weiteren erläuterte Stark das Problem, dass es in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) keine einheitliche Fiskalpolitik gibt. Es gibt lediglich gemeinsame wirtschaftspolitische

Leitlinien sowie Haushaltsregeln, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vereinbart wurden. Diese haben allerdings ihr Ziel, die Mitgliedsstaaten zu mehr Haushaltsdisziplin zu bewegen verfehlt, da sogar die größten Volkswirtschaften der EWWU jahrelang zu hohe Budgetdefizite aufwiesen.

Das Fundament für die Schuldenkrise wurde bereits im Jahr 1998 im Zuge der dritten Stufe der Umsetzung der EWWU gelegt. Die Aufnahme von elf Ländern war ein politischer Kompromiss, denn diese Länder waren für eine Währungsunion zu heterogen in ihren Wirtschaftsstrukturen oder wendeten, euphemistisch formuliert, die Strategie der „kreativen Buchführung“ an, um aufgenommen zu werden.

Die Komplexität der Dreifach-Krise wurde detailliert erörtert. Herr Stark meinte, dass die heutige Krise ein

Phänomen sei, von welchem die meisten entwickelten Volkswirtschaften betroffen seien. Es gibt nicht nur die Staatsschuldenkrise, sondern die Finanz- und Wirtschaftskrise seien auch noch nicht überstanden.

Für Europa stellen nach Herrn Starks Meinung strukturelle Defizite das gravierendste Problem dar. Dr. Stark wies mit einer kreativen Anspielung auf das Motto der AUB „Wir machen Sie fit für Europa“ hin und stellte die folgende Frage: „Wozu ist Europa fit?“ Er meint, Europa sei nicht fit, weil es nicht wisse, wie man den Integrationsprozess weiterführen kann. Es zeige sich heute, dass eine Wirtschafts- und

Währungsunion ohne eine politische Union nicht funktionsfähig sei. Deshalb betont Stark, dass es notwendig ist neue Institutionen zu schaffen.

Er begrüßt einige der kürzlich verabschiedeten Regelungen, wie die Verschärfungen der Regeln im SWP und die Einführung nationaler Schuldenbremsen. Allerdings hält er andere Maßnahmen wie die Einführung von Eurobonds nicht für zielführend, da die Anreize zu Moral Hazard bieten würden. Er plädiert für eine stärkere makroökonomische Überwachung, um die Ungleichgewichte der Mitgliedsstaaten auszubalancieren. Als Fazit zog Herr Stark schließlich,

dass die Politik bereit sein solle, Lehren aus der Krise zu ziehen und sich statt auf die Erweiterung viel mehr auf eine Vertiefung der Integration zu konzentrieren. Außerdem betonte er, dass dem europäischen Interesse Vorrang gegenüber nationalen Interessen eingeräumt werden müsse. Nach dem Ende des Vortrages wurden zahlreiche Fragen an Herrn Professor Stark gestellt. Dabei bewiesen die Kommilitonen und Professoren, dass sie für die komplexe Frage der Europakrise fit sind.

Márta Várnagyi & Janina Apostolou

AUB-Flashlight zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich

Am 9. Mai 2012 referierte Prof. Dr. Wichard Woyke im Spiegelsaal der Andrássy Universität Budapest (AUB) über den Ausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich. Als ausgewiesener Kenner der Politik des Landes konnte er zum Ergebnis der Wahl, dessen möglichen Ursachen und voraussichtlichen Auswirkungen auf die Außenpolitik Frankreichs interessant berichten.

Die „2012 Élection du Président de la République“ führte zu einem Machtwechsel in Frankreich. Das Land ist traditionell in ein linkes und ein rechtes Lager geteilt, jedoch kam die Mehrheit der bisherigen Präsidenten aus dem konservativen Lager. Die Wahl von Francois Hollande, dem bisher zweiten sozialistischen Präsidenten nach Francois Mitterrand, resultierte Prof. Dr. Woyke zufolge hauptsächlich aus dem Wunsch der Franzosen, den bisherigen Präsidenten, Nicolas Sarkozy abzuwählen. Schon seit der Ankündigung der Kandidatur von Holland, die den Ereignissen um den vorherigen inoffiziellen Kandidaten der Linken, Dominique Strauss-Kahn, folge, lag er in den Umfragen vor dem amtierenden Präsidenten. Dieser konnte gegen Hollande auch im Fernsehduell keinen Befreiungsschlag mehr erzielen, und seine Versuche, sich für die Stichwahl bei den Wählern der Front National anzubiedern kam schlecht an, zumal deren Vorsitzende, Marine Le Pen, keine Wahlempfehlung

für Sarkozy gegeben hatte. Auch von den weiteren konservativen oder bürgerlichen Kandidaten aus der ersten Runde konnte er keine eindeutige Mehrheit auf seine Seite ziehen, so dass Hollande, der die Unterstützung der anderen linken Kandidaten hatte, die Mehrheit der Wähler hinter sich vereinigen konnte.

Weitere Gründe für die Franzosen, Sarkozy abzuwählen, waren Prof. Dr. Woyke zufolge, die Verschlechterung der ökonomischen Lage, welche viele ehrgeizige Ziele Sarkozys - der den Fehler gemacht hatte, konkrete Zahlen zu nennen, so zum Beispiel die Arbeitslosenquote auf 5% zu senken - zum Scheitern verurteilten. Zudem ist die Präsidentschaft Sarkozys für rund 30% der Schulden des französischen Staates verantwortlich. Schließlich nannte Prof. Dr. Woyke auch die Unterschätzung des Kandidaten Hollande, der der Bevölkerung als wohltuend „normaler“ Gegenpart zum hektisch wirkenden Präsidenten erschien und der sich geschickt mit Francois Mitterrand verglich.

Insgesamt fiel bei der Wahl allerdings eine hohe Zahl ungültiger Stimmen auf, was eine steigende Frustration der Wähler über die gesamte politische Elite widerspiegeln würde.

Das Programm Hollandes setzt Schwerpunkte bei der Rücknahme der Rentenreform, der Erhöhung des Mindestlohnes und der Steigerung des Spitzensteuersatzes. Mit seiner Forderung, den europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln, erregte er natürlich Aufmerksamkeit

besonders in Deutschland. Das deutsch-französische Tandem werde aber auch von Hollande als wichtig und als Motor Europas erkannt und Prof. Dr. Woyke ging davon aus, dass Präsident Hollande etwas behutsamer als im Wahlkampf auftreten werde, wenn es darum geht, eine gemeinsame deutsch-französische Position zu finden. Prof. Dr. Woyke trug weiter vor, dass es für Hollande schwer werden wird, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen, denn die wirtschaftlichen und strukturellen Schwierigkeiten Frankreichs erfordern unpopuläres Handeln. So habe Frankreich einen der größten Staatssektoren Europas, die Privatwirtschaft drohe den Anschluss zu verlieren und die Schulen schneiden im europäischen Vergleich schlecht ab. Die demnächst stattfindende Parlamentswahl wird zudem zeigen, ob Hollande in den nächsten Jahren mit der Unterstützung einer linken Mehrheit des Parlaments regieren kann oder ob es eine „Cohabitation“ mit einer konservativen Parlamentsmehrheit geben wird.

Sven Dietz

Dr. Pohl über die Lage im Sudan 2012

Am 21. Mai 2012 hielt Dr. Dr. Dietrich Pohl vom Auswärtigen Amt (Berlin) an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Andrássy Universität Budapest (AUB) zum Thema „Sudan 2012 – Friedenchanche oder Büchse der Pandora?“ einen spannenden Vortrag. Dr. Pohl referierte über die Geschichte des Konflikts und über den aktuellen Stand der Friedenspläne. Der Friedensplan für beide Staaten enthält eine Roadmap der Afrikanischen Union. Diese sowie die Resolution des Uno-Sicherheitsrates sind für den Fall mit Sanktionen verbunden, dass die Parteien sie nicht einhalten. Eine ernste Eskalation des Konflikts zwischen den beiden Staaten wurde in den letzten Monaten befürchtet, die bisher aber nicht eingetreten ist. Das größte Problem ist, dass die beiden Staaten die Rebellenarmee des anderen Staates unterstützen, welche die Regierungen stürzen könnten. Südsudan führte zuletzt einen Angriff gegen Norden und kappt auch die Öllieferungen, was jedoch auch für den Südsudan selbst ein schwerer Schlag war.

Im Sudan gab es zwei Bürgerkriege. Nach dem Ersten erfolgte eine Islamisierung des Südens, was 1983 zur Gründung der SPLA (Sudan Peoples Liberation Army) führte, die den Süden des Landes nach dem zweiten Bürgerkrieg unter Kontrolle hielt. Dieser Krieg wurde durch den Comprehensive Peace Agreement

(CPA) 2004 beendet. Insgesamt starben etwa zwei Millionen Menschen in den Kriegen und das Land wurde verwüstet. Im CPA wurden Maßnahmen zur Autonomie des Südens beschlossen, der Vertrag sah aber einen gemeinsamen Staat vor. Dem Süden sollte in den Jahren bis 2011 (Zeitpunkt des Referendums über die Unabhängigkeit) das Zusammenleben attraktiv gemacht werden – was jedoch nicht gelang. Vizepräsident des Landes, John Garang stammte aus dem Süden und kam 2005 bei einem Hubschrauberunglück ums Leben. Er war derjenige, der das Land eventuell hätte zusammenhalten können.

Im CPA wurden fünf Fragen zu kritischen Gebieten zur späteren Regelung offengehalten. Diese Fragen wurden seitdem auch nicht geregelt, was zur jetzigen Eskalation beigetragen hat. Innerhalb des Südsudans gibt es immer wieder lokale Kämpfe, die vereinfachend als „Stammeskonflikte“ dargestellt werden. Dahinter stehen Konflikte um Land und Vieh, aber auch die Schwierigkeiten der SPLA, eine funktionierende Verwaltung aufzubauen. Lokale Verwalter sind zumeist ehemalige Kommandanten der SPLA mit wenig Verwaltungserfahrung. Verwaltungseinheiten sind oftmals „ethnisch“ definiert, ihre Grenzen nicht genau festgelegt. Die staatlichen Institutionen sind nur begrenzt in der Lage, Konflikte zu lösen. Die Verteilung von staatlichen Ressourcen ist oft intransparent, weswegen sich gewisse

Gruppen benachteiligt fühlen.

Khartum wird eine Zusammenarbeit mit der LRA (Lords Resistance Army) vorgeworfen, die zur Instabilität des Südsudans beiträgt. Nach dem Referendum über die Unabhängigkeit wurde der Südsudan am 9. Juni 2011 unabhängig. Präsident Baschir (aus dem Norden) war persönlich da und versprach gute Beziehungen aufrechterhalten zu wollen. Viele werfen aber die Frage auf, ob Südsudan nicht ein Pre-failed-state sei. Infrastruktur gibt es wenig, die politische Elite ist wenig verantwortungsbewusst, 80% der Bevölkerung leben von weniger als 1 US-Dollar pro Tag und die Mütter-/Kindersterblichkeit ist die höchste der Welt. Die Wahlen waren zwar fair, nichtdestotrotz herrscht nur partieller Frieden, da nicht alle Gruppen bei den Verhandlungen dabei waren. Viele Staaten Afrikas haben die Sezession sehr genau verfolgt und es könnte den ganzen Kontinent durcheinander bringen, wenn weitere Staaten diesem Beispiel folgen.

Die zwei Staaten müssen zusammen überleben; wenn einer untergeht, sterben beide. Ein weiteres Problem ist die fragwürdige Berichterstattung, wo der Norden immer als verantwortlicher dargestellt wird. In diesem Konflikt haben die AU und die UNO gut zusammengearbeitet, was als Modell für spätere Konflikte dienen kann.

Ákos Tóth

Fakultät MES

Die Draskovich Observanz

Am 25. April 2012 organisierte die Fakultät für Mitteleuropäische Studien (MES) einen Gastvortrag von Dr. Alice Reininger zum Thema „Die Draskovich Observanz“. Sie befasste sich mit der Fragestellung, ob „Werte und Aufgabenstellungen ungarischer Aufklärer im ehemaligen Königreich Ungarn des 18. Jahrhunderts für uns heute noch relevant“ seien. Die Vortragende, Alice Reininger, Mag. et Dr. phil., M.A.S. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kultur- und Geistesgeschichte an der Hochschule für Angewandte Kunst in Wien.



v.l.n.r. Prof. Dr. Georg Kastner, Dekan MES / AUB; Dr. Alice Reininger, Hochschule für Angewandte Kunst Wien

Anton Pelinka - Politikwissenschaft und gesellschaftspolitisches Engagement in Österreich

1. Symposium im Rahmen der neugeschaffenen „Bertha von Suttner Reihe zur Politikwissenschaft“; veranstaltet von der Fakultät für Internationale Beziehungen der Andrassy Universität Budapest (AUB) und dem Österreichischen Kulturforum Budapest (ÖKF), in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft – Universität Innsbruck, der Gesellschaft für Politische Aufklärung und des Institutes für Konfliktforschung – Wien. Der österreichische Botschafter Dr. Michael Zimmermann eröffnete am Mittwoch, den 2. Mai 2012, das erste Symposium der „Berta von Suttner Reihe zur Politikwissenschaft“ an der Andrassy Universität. Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des Donau-Institutes und Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen, moderierten die Veranstaltung. Zahlreiche interessierte Hörer wohnten dem Auftakt dieser neu geschaffenen Reihe bei. Im Zentrum der Veranstaltung stand das Wirken von Prof. Anton Pelinka, dem international renommierten österreichischen Politikwissenschaftler, der kürzlich seinen 70. Geburtstag feierte.

Erweitertes Ziel der Veranstaltung war es, den Zuhörern die Entwicklung, Hintergründe und Zusammenhänge zwischen der Bewältigung historischer Traumata und humanitären wie wirtschaftlichen Fortschritten im Österreich der Nachkriegszeit bis heute nahezubringen. Dr. Reinhold Gärtner, Dr. Richard Hussl, Dr. Erika Thurner von der Universität Innsbruck, Dr. Birgitt Haller vom Institut für Konfliktforschung aus Wien und Dr. Sándor Kurtán von der Corvinus Universität Budapest lieferten dazu interessante Beiträge.

Die Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus verlief in Österreich auf ganz eigene Art und Weise: Verdrängung, ein mehr oder weniger latentes Gefühl der Mitschuld, gleichzeitiges Verstecken und Verneinen und die sog. Opfertheorie kennzeichnen die Entwicklung der unmittelbar darauffolgenden Jahrzehnte. Man war bemüht das

Image Österreichs nach außen in der Welt zu verbessern. Oper, Musik, Wintersport und nicht zuletzt auch 1956, die Ungarnkrise, boten dazu willkommene Gelegenheiten. Nach Innen war man gewillt, den Staat mit allen Mitteln wiederaufzubauen.

Unter den Tisch gefallen (Stichwort: Verdrängung) sind dabei jedoch die Opfer des Nationalsozialismus: Juden, Klerikale, Roma/Sinti, Homosexuelle, Behinderte, Intellektuelle und Politiker gegnerischer Parteien. Das meist den Juden gehörende sog. arisierte Vermögen blieb in der Regel in den Händen derer, die sich daran unrechtmäßig bereichert hatten. Das waren teils Privatpersonen, oft aber auch staatliche Einrichtungen wie Museen.

Pelinka gehörte zu jener zunächst kleinen Gruppe österreichischer Wissenschaftler die erkannt hatten, dass es hier nicht nur eine Frage von Ethik und Moral ging, sondern, dass Selbstkritik und Einsicht in die Geschehnisse, vor allem aber die Übernahme von Verantwortung die Voraussetzung für jede gesellschaftliche Modernisierung darstellt. Prof. Anton Pelinka, der heute an der CEU in Budapest lehrt, ist wahrscheinlich der wichtigste Repräsentant Österreichs, wenn es um die Etablierung und Entwicklung Politischer Bildung in den Schulen sowie die Aufarbeitung der NS-Geschichte in all ihren Facetten und vor allem auch der österreichischen Beteiligung daran geht. Seine Interventionen hinsichtlich der Restitutionen an die Opfer, seine öffentlichen und juristischen Konfrontationen mit Jörg Haider und seine politischen Analysen die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, haben ihn zu einem bestimmenden Faktor und gleichzeitig zu einem der bekanntesten Persönlichkeiten in Österreich gemacht. An der AUB präsentierte Richard Hussl zunächst Biographisches – mit der Schlussbemerkung, dass Pelinka in einem der Seminare, die Hussl als Student in den späten 1970er Jahren besuchte hatte, bereits das Ende der kommunistischen Systeme innerhalb des nächsten Jahrzehnts prognostizierte. Zu deutlich würden Vergleichsfaktoren – wie etwa die

katastrophale wirtschaftliche Lage der UdSSR und der anderen COMECON Länder – darauf hinweisen. Erika Thurner zeichnete Pelinkas Rolle in der Gesellschaft für politische Aufklärung nach; einem Verein österreichischer Prominenter aus unterschiedlichen beruflichen Disziplinen (z.B.: Wissenschaft, Journalismus, Kunst), die sich seit 1982 beharrlich gegen rechtsextreme und neonazistische Tendenzen und damit für mehr Demokratie in Österreich einsetzen. Pelinka war von 1982 – 2006 Vorsitzender der Gesellschaft gewesen. Birgitt Haller beschrieb ein anderes Kapitel aus Pelinkas wissenschaftlicher Karriere, seine Tätigkeit am Wiener Institut für Konfliktforschung, das er seit mehr als 20 Jahren leitet.

Im zweiten Teil lieferte Sándor Kurtán einen Vergleich der Vergangenheitsbewältigung in Ungarn und in Österreich – er verwies auch deutlich auf die unterschiedliche Vergangenheit der beiden Länder und den daraus resultierenden unterschiedlichen Umgang. Reinhold Gärtner referierte über zwei Gerichtsverfahren gegen Anton Pelinka – zum einen, als Pelinka (zu Recht, wie der zuständige Richter in letzter Instanz entschied) den NS-Bürgermeister von Innsbruck als „prominenten Täter des Jahres 1938“ und damit als Mitverantwortlichen der Verbrechen des Novemberpogroms in Innsbruck bezeichnet hatte. Im zweiten Fall ging es um eine Klage Jörg Haider gegen Pelinka. Pelinka hatte Haider eine gewisse Nähe zu national-sozialistischen Gedankengut attestiert – und auch hier wurde Pelinka freigesprochen. In seinem abschließenden Beitrag ging schließlich Pelinka selbst auf Aspekte der aktuellen Politik in Ungarn und Österreich ein – mit einem sehr aufschlussreichen und analytisch brillanten Kommentar über seine Erfahrungen in diesen beiden Ländern.

Fakultät VSR

Fakultätsabend VSR mit Prof. Dr. Máté Szabó

Am 28. März fand das erste Fakultätsabend der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (VSR) statt, wo der Grundrechtsbeauftragte des ungarischen Parlaments, Prof. Dr. Máté Szabó einen Vortrag hielt, mit dem Titel „Das Amt des Grundrechtsbeauftragten, die Tätigkeit und Aufgaben des Ombudsmann – mit Europäischem und internationalem Ausblick“. Der nun einzige Ombudsmann in Ungarn sprach über die neuen Herausforderungen seines Amtes und über die Lage der Grundrechte und des Grundrechtsschutzes in Ungarn. Die Zuhörer bekamen auch einen Einblick in die verschiedenen Modelle,

wie in Europa die Ombudsmänner tätig sind und welche Formen der Kooperation existieren. Bei der anschließenden Diskussion wurde vor allem die aktuelle Lage nach Inkrafttreten des neuen ungarischen Grundgesetzes thematisiert und es wurden viele Fragen zu den neuen Befugnissen, so zu Möglichkeit eines Normenkontrollantrags gestellt. Nach Ende des offiziellen Teils des Abends gab es beim Kuchen und Getränke noch die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen. Besonderer Dank gilt der Studierenden an der Fakultät VSR, Frau Fruzsina Vadász, die die Veranstaltung initiiert und maßgeblich mit organisiert hat.



Prof. Dr. Máté Szabó während seines Vortrages im Andrássy Saal

Arbeitsrechtvorlesung mit Gästen aus Wien und Heidelberg

Bereits zum vierten Mal fand die Vorlesung Vergleichendes und europäisches Arbeitsrecht unter Beteiligung von Studierenden aus Wien und Heidelberg an der Andrássy Universität Budapest (AUB) statt. Die

Veranstaltung zwischen dem 23. und 28. April 2012 stieß auf so großes Interesse mit über 30 TeilnehmerInnen, dass zeitweise der Spiegelsaal zum Hörsaal umfunktioniert werden musste. Die Fachliche Leitung übernahmen, wie immer Herr Univ-Prof. Robert Rebhan aus Wien und Herr Prof. Dr. Thomas Lobinger aus Heidelberg. Für den

ausländischen Studierenden wurde ein interessantes Rahmenprogramm zusammengestellt, um sie neben dem Arbeitsrecht, auch ein wenig mit der AUB und Budapest vertraut zu machen. Die sehr positiven Rückmeldungen lassen erhoffen, dass die Fakultät VSR nächstes Jahr ebenfalls viele Gäste begrüßen kann.

Donau-Institut & Doktorschule

Doktorandenworkshop zu Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa

Die Doktorschule der Andrássy Universität Budapest (AUB) organisierte im Verbund mit dem Interdisziplinären Donau-Institut am 20. April den Doktorand/inn/en-workshop „Wirtschaft und Wohlstand in Mitteleuropa im Vergleich. 1867 bis zur Gegenwart“. Dieser fand im Anschluss an die zweitägige Internationale Tagung statt, die sich mit dem gleichen Thema befasste und hochrangige Referent/inn/en an die AUB bringen konnte. Im Rahmen des laufenden TÁMOP-Förderungsprogrammes für das Donau-Institut konnten die besten Eingaben finanziell unterstützt werden. Die schriftlichen Beiträge der Doktorand/inn/en werden mit Aussicht auf Aufnahme in die geplante Working Paper Series des

Donau-Institutes gesondert geprüft werden. Die Arbeitssprachen des Workshops waren deutsch und englisch – eine Herangehensweise, die bei den Doktorand/inn/en der AUB ein positives Echo fand. Ein Eindruck seitens des Workshopleiters Christopher Walsch war, dass die AUB Doktorand/inn/en Ideen und Anregungen, die die Referate vermittelten, mit Interesse aufnahmen und aktiv an den Diskussionen in allen drei Panels teilnahmen.

Wie in der Tagung wurde auch im Workshop eine chronologische Herangehensweise gewählt. Im ersten Panel wurden die Zeitabschnitte 'Die Donaumonarchie, 1867-1918' und 'Die Zwischenkriegszeit, 1919-39' diskutiert, wozu es drei Referate gab. Philipp Strobl (Universität Innsbruck) präsentierte Innsbrucks Weg in die Moderne – Die Wirtschaft der Tiroler Landeshauptstadt im Wandel (1860-



1910). Im Mittelpunkt von Strobls Ausführungen stand die Transformation von Gewerbe und Handel in Zeiten der Industrialisierung. Insbesondere der Bau- und Immobiliensektor wurden zu Schlüsselbranchen in Zeiten des Bevölkerungswachstums und der Stadt- und Infrastrukturentwicklung. Ákos Kárbin (ELTE Budapest) sprach über „Die Währungsreformen des Deutschen Reichs 1871-1873 und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1892-1914 im Vergleich“. Österreich-Ungarn versuchte seine Währung, dem deutschen Vorbild entsprechend, vom Silberstandard zu lösen und dem Goldstandard zu unterwerfen. Dieses Unterfangen gelang nur teilweise. Martin Vašíček (Masaryk Universität,



TeilnehmerInnen des DoktorandInnenworkshops mit Dr. Christopher Walsch, Senior Research Fellow AUB und Organisator des Workshops (vierter von rechts)

Brünn) präsentierte die Fallstudie Secondary Education and Czech social structure in the first Czechoslovak republic. A case study of the towns Znojmo, Jihlava and Břeclav. Vašíček fasste die soziale Herkunft der Schüler der Gymnasien in diesen drei Städten ins Auge. Von 1920 bis 1938 lässt sich absolut eine Verdoppelung der Schülerzahl von rund 800 auf etwa 1.600 beobachten. Die Herkunft, schließt der Autor, verlagerte sich von alten zu neuen Mittelschichten, von Gewerbetreibenden und Kaufleuten zu Intelligenz, Beamten und freien Berufen.

Das zweite Panel 'Nachkriegszeit,

1945-1989' eröffnete Wolfgang Schachinger (Universität Wien) mit Das Kleinunternehmertum in Wien nach 1945 am Beispiel des Handels mit Parfümeriewaren. Der Wandel von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt, der selektive Vertrieb und die Rolle der Frauen im Detailhandel wurden dabei näher ins Auge gefasst. Peter Dobrowiecki (ELTE Budapest) referierte zu Economic reforms in communist Hungary and Yugoslavia in the 1970s and 1980s und Fruzsina Müller (Universität Leipzig) zu Das ungarische Jeansprogramm: Die Lebensstandardpolitik der Kádár-Ära als Antwort auf die Wirtschafts- und Legitimationskrise der siebziger Jahre. Im Mittelpunkt beider Präsentationen standen die Versuche der Einparteiensführungen, auf externe und interne Krisen zu reagieren. Die „Trapperjeans“ war dabei in den 1970er Jahren ein Erfolgsmodell Kádár-Ungarns, wie ein Konsumbedürfnis nach ausländischen Jeansmarken durch adaptive heimische Produktion befriedigt werden konnte.

Das Panel 'Gegenwart, seit 1990' schließlich wurde von den Wirtschaftswissenschaftlern dominiert.

Judit Gébert (Universität Szeged) präsentierte Political Freedom and Welfare in Europe und Tamás Isépy (Pannon Universität Veszprém) Entwicklungsmechanismen von Wirtschaft und Wohlstand in den Jahren 1990 bis zur Gegenwart. Kontroversiell diskutiert wurde dabei der Indikator Bruttosozialprodukt und die Rolle alternativer Indikatoren, etwa der des „subjektiven Wohlbefindens“. Der Human Development Index, der von Amartya Sen entwickelt wurde, empfiehlt sich hier als interessanter kombinierter Index. Inwieweit „politische Freiheit“ und „wirtschaftliche Entwicklung“ korrelieren, war Diskussionsthema. Westliche wie auch asiatische Wege zur wirtschaftlichen Entwicklung geben Evidenz über die Schwierigkeit, darüber eindeutige Aussagen treffen zu können.

Dr. Christopher Walsch



Disputation

Am Dienstag den 3. Juli 2012 konnte Frau dr. Márta Fazekas erfolgreich ihre Dissertation unter dem Titel

„Autonomiekonzeptionen der ungarischen Minderheit in der Slowakei und in Serbien - Mitteleuropäischer Versuch im europäischen Kontext“ an der Interdisziplinären Doktorschule

der Andrássy Universität Budapest (AUB) im Teilbereich Geschichte vor dem Promotionsausschuss unter dem Vorsitz von Univ. Prof. Dr. Dieter A. Binder, AUB disputieren.

Personalia

Die Andrássy Universität Budapest (AUB) verabschiedete im vergangenen Semester Herrn Prof. Dr. Stephan Kirste. Prof. Kirste war zwei Jahre lang Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften. Seit dem 1. Februar 2012 ist Herr Dr. habil. Jürgen Dieringer Geschäftsführender Dekan der Fakultät. Im kommenden Semester wird Dr. Dieringer von Herrn PD Dr. Hendrik Hansen vertreten. Den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsphilosophie von Prof. Kirste in Vertretung übernahm Herr Prof. Dr. Michael Anderheiden.

Die AUB verabschiedete sich mit dem Ende des Sommersemesters 2012 von

Herrn Dr. Dr. Rolf Friedrich Krause, Leiter der Professur für Diplomatie II. und Dr. Franz Cede, Botschafter a.D., Leiter der Professur für Diplomatie I. Ab dem Wintersemester 2012/2013 begrüßen wir Dr. Dr. Dietrich Pohl als Leiter der Professur für Diplomatie II an der Fakultät für Internationale Beziehungen.

Im Sommersemester 2012 begrüßte die Universität Herrn Univ.-Prof. em. Dr. habil. Siegfried F. Franke als Leiter der Herder-Professur für Wirtschaftspolitik an der Fakultät für Internationale Beziehungen.

Dr. Kálmán Pócza verließ am Ende des Sommersemesters 2012 seine Position als Sekretär der Doktorschule und

bleibt der Universität als Research Fellow am Donau-Institut erhalten. Weiterhin konnten als Research Fellow Prof. Dr. Wilhelm Brauneder, Dr. jur. Dr. phil. Dr. habil. Tamás Nótári, Dr. Christopher Walsch, Dr. Enikő Dác und Dr. András Hettyey gewonnen werden.

Die Universität verabschiedete im Februar 2012 Herrn Jörg Dötsch, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Internationale Beziehungen.

Die Universitätsbibliothek verabschiedete im Juli 2012 Bibliothekarin, Frau Ibolya Maczák.



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

